

Lfd. Nr.	Antragstellende Fraktion	Antrag	PB/PG/Produkt
1	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Bereitstellung von Hilfsgütern für die Stadt Pawlograd	010.111.015
2	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Barrierefreiheit der Kreis-Internetseite	010.111.020
3	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Bürgerwettbewerb IoT	010.111.020
4	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Fachforum „bezahlbares Wohnen“	010.111.020
5	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Regionale Lebensmittelversorgung	010.111.020
6	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Unterstützung des Kreisprinzentreffens	010.111.020
7	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Übersetzung der Broschüre „Bündnis gegen Häusliche Gewalt“	010.111.050
8	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Errichtung eines Fachkräftekompetenzportal für Menschen, die aus dem Berufsleben ausscheiden oder ausgeschieden sind.	010.111.091
9	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Umsetzungsstrategie Desk-Sharing / Kantine für Mitarbeiter	010.111.091
10	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Neubau des Jugendamtes des Rhein-Kreises Neuss	010.111.120
11	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum Als interfraktioneller Antrag gewünscht	150.000 Euro für Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit	010.111.123
11a	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Schaffung einer halben Planstelle im Bereich IT-Sicherheit	010.111.123
12	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	IT-Sicherheit endlich ernst nehmen: Personal aufstocken und Cybersicherheit strategisch weiterentwickeln	010.111.123
12a	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	IT-Sicherheit endlich ernst nehmen: Personal aufstocken und Cybersicherheit strategisch weiterentwickeln	010.111.123
13	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Nutzung von KI/Cloud Computing, Chat GPT und eines Chatbot in der Kreisverwaltung	010.111.124
14	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Kostenfreie Nutzung des ÖPNV im Kreisgebiet bei freiwilliger Abgabe des Führerscheins	020.122.020
15	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Unterstützung der Ansiedlung einer Tierklinik	020.122.030
16	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Einrichtung und Absicherung einer Notstromversorgung für den Lokalsender NE-WS 89.4	020.127.010
17	Interfraktioneller Antrag von CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum und SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Planung eines Neubaus der Kreisleitstelle	020.127.011
18	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	„Coole Schulhöfe“ im Rhein-Kreis Neuss: Klimaresistente Schulhöfe durch Entsiegelung und grüne Gestaltung	PB 030

19	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Hitzeschutz für die kreiseigenen Schulen	PB 030
20	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Trinkwasser in Kreisschulen	PB 030
21	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Sebastianus-Schule in Kaarst - Förderschule im Rhein-Kreis Neuss	030.221.011
22	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Prävention psychischer Erkrankungen in den Berufsschulen des Rhein-Kreises Neuss	PG 030.231
23	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Schaffung von Trinkwasserbrunnen an den vier Berufskollegs in kreiseigener Trägerschaft	PG 030.231
24	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	AI4Schools	030.243.010
25	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Medienkompetenzkurse für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger	030.243.012
26	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Digitalisierung des Kreismuseums zur Kosteneinsparung bei gleichzeitiger Erhaltung des kulturellen Angebots	040.252.010
27	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Kreismusikschule: Erwerb von Musikinstrumenten	040.263.010
28	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Digitalplattform Kultur für den Rhein-Kreis Neuss	040.281.011
29	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Haushaltsantrag zur weiteren Umsetzung des Interkommunalen Kulturentwicklungsplans	040.281.011
30	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Politische Bildungsarbeit unterstützen - Gedenkstättenfahrten fördern	040.281.011
31	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Durchführung einer Fachtagung zu dem Thema „Ausweitung der Unterbringung von Frauen in Konfliktsituationen“	050.331.010
32	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Durchführung einer Fachtagung zum Thema „Unterstützung für Kinder psychisch kranker Eltern im Rhein-Kreis Neuss“	050.331.010
33	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Projektbezogene Unterstützung des Berufsförderungszentrum Schlicherum e.V.	050.331.010
34	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Netzwerk von ehrenamtlichen Pflegebegleiter*innen	050.336.010
35	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Workshop Barrierefreiheit und Inklusion	050.351.010
36	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Optimierung der Integrationsbemühungen durch digitalen Sprachunterricht	050.351.012
36a		Gewährung eines Zuschusses für den Bereich Integration von Migranten für das Haushaltsjahr 2024	050.351.012
37	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Drogenprävention	070.414.010
38	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Effektivität und Reichweite der Drogenprävention und Bekämpfung der Drogenkriminalität erhöhen	070.414.010
39	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Einführung eines Stoffwindel-Zuschusses	070.414.010
40	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Einsatz von E-Nutzfahrzeugen für die „Zahnmobile“	070.414.010

41	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Schaffung einer demenzfreundlichen Kommune	070.414.010
42	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Stillfreundliche Kommune	070.414.010
43	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Anschaffung von SportBoxen	080.421.010
43a	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	„Förderlotsen“ für die Sportvereine im RKN	080.421.010
44	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Aktion Klimabäume	090.511.010
45	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Budget für Umweltbildung	090.511.010
46	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Den Strukturwandel-Prozess steuern, weiterentwickeln und dynamisieren	090.511.010
47	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Erarbeitung eines Radverkehrskonzepts für den Rhein- Kreis Neuss	090.511.010
48	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Konzept zur Flächenoptimierung beauftragen – Klima schützen und Ressourcen sparen	090.511.010
49	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Übernahme der Pflege des Biotops Püllenkamp in Neuss durch den Rhein-Kreis Neuss	090.511.012
50	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Unterhaltung der Waldparzellen	130.555.020
51	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Gründung einer Entwicklungsgesellschaft Konversions- projekt Frimmersdorf	150.573.010



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Rhein-Kreises Neuss
Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

Donnerstag, 22. Februar 2024

Antrag für den Finanzausschuss am 5.3.2024:

Bereitstellung von Hilfsgütern für die Stadt Pawlograd

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Kreistagsfraktionen von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN und SPD bitten um Berücksichtigung des nachstehenden Antrags in der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024.

Beschlussempfehlung:

Für die Lieferung von Hilfsgütern für die Stadt Pawlograd werden im Kreishaushalt 2024 100.000 Euro bereitgestellt.

Begründung:

Der RKN ist mit der Stadt Pawlograd eine Solidaritätspartnerschaft eingegangen.

Im Rahmen dieser Partnerschaft wurden im vergangenen Jahr ein Hubsteiger und ein Kipplaster an die Stadt Pawlograd geliefert.

Pawlograd hat 105.000 Einwohner und tausende Binnengeflüchtete, die inzwischen dort leben. Sie sind direkt von den Zerstörungen des Krieges betroffen. Die Stadt ist deshalb für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur auf weitere Hilfsgüter angewiesen.



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

Aufgrund der aktuellen Notlage ist eine weitere Unterstützung bei der Beschaffung kommunaler Ausrüstung erforderlich. Eine Prioritätenliste soll von der Stadt Pawlograd erstellt werden.

Um weitere Hilfsgüter zu beschaffen sollen im HH 2024 100.000 Euro bereitgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)

Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)

Angela Stein-Ulrich
Kreistagsabgeordnete
(GRÜNE)

An den Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz, Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Barrierefreiheit der Kreis-Internetseite

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- Audit Barrierefreiheit Internetseite / Erstellung Kostenplanung für Umstellung auf barrierefreie Internetseite HH 15.000 Euro

Begründung:

Jede Internetseite ist in Teilen, mehr oder weniger, barrierefrei. Ob die Internetseite des Rhein-Kreises Neuss den Vorgaben zur Barrierefreiheit entspricht, soll durch ein externes Gutachten fachlich untersucht werden. Dies soll durch eine unabhängige Agentur erfolgen.

Hierbei sollen, neben den Inhalten und Kontrastverhältnissen, auch die Steuerungs- und Navigationselemente, die Sprachsteuerung und die Verwendung von Hilfsprogrammen wie z. B. Screenreader, untersucht werden. Auch der semantische Aufbau der Internetseite soll in Bezug auf die Regeln für Barrierefreiheit beurteilt werden.

Eine Empfehlung für den Haushalt 2025 mit einem Kostenplan für die Folgejahre wäre für eine kontinuierliche Umstellung der Internetseite auf Barrierefreiheit für die weitere Planungen notwendig.

Ferner soll herausgearbeitet werden, welche Inhalte zuerst in Leichte Sprache übersetzt werden sollten.

Mit freundlichen Grüßen

Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender (SPD)

Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende (GRÜNE)

Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender (GRÜNE)

Sabine Kühl
stv. Fraktionsvorsitzende (SPD)

Janis Bonn
Sachkundiger Bürger (GRÜNE)

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Bürgerwettbewerb IoT

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten, einen Bürger-/Kreativwettbewerbs mit dem Thema "Wer hat die beste Internet of Things (IoT)-Idee" durchzuführen. Hierfür sollen 10.000 Euro in den Kreishaushalt eingestellt werden.

Begründung

Der Bürger-/Kreativwettbewerb "Wer hat die beste IoT-Idee?" zielt darauf ab, die Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Kreises Neuss aktiv in die Gestaltung unserer digitalen Zukunft einzubeziehen. Der Fokus liegt dabei auf Ideen, die das Internet of Things nutzen, um innovative Lösungen für lokale Herausforderungen oder die Verbesserung der Lebensqualität in unserem Kreis zu schaffen.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Die Durchführung des Wettbewerbs könnte wie folgt aussehen:

- Ausschreibung: Eine öffentliche Ausschreibung wird gestartet, um Bürgerinnen und Bürger zur Einreichung ihrer IoT-Ideen aufzurufen.
- Auswahlkomitee: Ein unabhängiges Auswahlkomitee wird gebildet, bestehend aus Experten im Bereich IoT, Vertretern der lokalen Wirtschaft und Fachleuten aus der Verwaltung, um die eingereichten Ideen zu bewerten.
- Prämierung: Die besten Ideen werden prämiert, wobei finanzielle Anreize und die Möglichkeit zur Umsetzung der Ideen im Vordergrund stehen.

Die Durchführung dieses Wettbewerbs wird nicht nur zu innovativen Lösungen im Bereich IoT führen, sondern auch das Bewusstsein für digitale Technologien in unserer Gemeinschaft stärken. Darüber hinaus schafft der Wettbewerb eine Plattform für Zusammenarbeit zwischen Bürgern, Unternehmen und der Verwaltung.

Wir sind überzeugt, dass die Investition in diesen Wettbewerb dazu beitragen wird, die Innovationskraft unseres Kreises zu stärken und langfristige positive Effekte auf die Entwicklung unserer Region haben wird.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Fachforum „bezahlbares Wohnen“

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen:

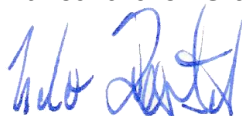
- Die Haushaltsstelle im Produktbereich 010, Produktgruppe 010.111, Produkt 010.111.020 wird beim Sachkonto 54312010 um 10.000 Euro auf 27.500 Euro gekürzt.

Begründung:

Laut Erläuterung zu dem Sachkonto beinhaltet dieses Sachkonto auch die Kosten für das vom Finanzausschuss beschlossene Fachforum "bezahlbares Wohnen" in Höhe von 10.000 Euro (Seite 60 des Haushaltes 2024).

Da das Fachforum bereits im letzten Jahr stattgefunden hat, können diese Mittel gestrichen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Regionale Lebensmittelversorgung

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen Mittel in Höhe von 30.000 Euro für den Projektbereich „Regionale Lebensmittelversorgung“ in den Kreishaushalt einzustellen.

Begründung

Für die Stärkung der Lebensmittelversorgung mit regionalen Produkten gibt es einen breiten politischen Konsens; das Thema steht sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene auf der politischen Agenda. Aufgrund der zunehmenden Übermittags-Verpflegung in Schulen und Kitas gewinnt das Thema zusätzlich an Bedeutung. Der Rhein-Kreis Neuss hat auf Initiative unserer Fraktionen in 2022/23 eine Machbarkeitsstudie zur Versorgung der Kreisschulen mit regionalen Lebensmitteln erstellen lassen, auf Basis der Ergebnisse dieser Studie sind weitere Aktivitäten des Kreises zur Ansprache der Schulen in kommunaler und in freier Trägerschaft angedacht.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Im September 2023 hat der Kreis im Lokalfunk und in lokalen Zeitungen eine Werbewoche für die Internetseite der Direktvermarkter (landservice.de) durchgeführt, um die Verwendung regional erzeugter Lebensmittel in privaten Haushalten zu fördern. Die Aktion war sehr erfolgreich und hat zu merklich mehr Nutzern dieser Seite geführt. Um die Bekanntheit der Seite nachhaltig zu verbessern, halten wir weitere Werbemaßnahmen z.B. in Form von Faltblättern für sinnvoll.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Unterstützung des Kreisprinzentreffens

Sehr geehrter Herr Schmitz

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen die Einstellung von Mitteln in Höhe von 5.000 Euro p.a., beginnend im Haushaltsjahr 2024 als finanziellen Zuschuss des Kreisprinzentreffens.

Begründung

Das Brauchtum und seine Strukturen sind integraler Bestandteil der Kulturlandschaft Rhein-Kreis-Neuss und von enorm wichtiger Bedeutung für das gesellschaftliche Leben. Das Immaterielle Kulturerbe Rheinischer Karneval zeichnet sich durch das besondere Lebensgefühl von Freude und Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft aus und besitzt seit jeher eine starke integrative Kraft, die wir im Kreisgebiet weiter fördern und für kommende Generationen bewahren wollen.

Seit 14 Jahren ist das Kreisprinzentreffen als fester Programmpunkt der Sessionen im Rhein-Kreis Neuss verankert und erfreut sich Jahr für Jahr großer Beliebtheit. Besonders sticht hierbei der vernetzende Charakter der Karnevalsvereine

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

untereinander hervor, dessen Wirkung sich nachhaltig positiv auf das Brauchtum im Kreisgebiet auswirkt. Das Treffen findet jedes Jahr in einer anderen Kommune statt.

Der Rhein-Kreis hat bisher einen moderaten Zuschuss von 1000 Euro gewährt. Durchgeführt werden die Veranstaltungen durch Karnevalsvereine in den Kommunen. Die Organisation der Treffen wird durch den KA Neuss und einem Beauftragten der Verwaltung, der die Gespräche mit den Vereinen wahrnimmt, durchgeführt.

Bedingt durch u.a. Kostensteigerungen für Verpflegung und Getränke, sowie hohe Mieten für Saalkapazitäten sind die Vereine nunmehr nicht mehr in der Lage, die finanziellen Mittel eigenständig aufzubringen.

Daher sind unsere Fraktionen gewillt diese für die Kreiskommune wichtige Veranstaltung neu aufstellen und langfristig sichern.

Kostengrobkalkulation:

Prinzentreffen rd. 120 Personen:

Saalmieten:	1000 Euro
Getränke: 10 Euro p.P.	1200 Euro
Essen: 5 p.P.	600 Euro
Beschallung etc:	400 Euro
Sonstiges:	300 Euro

Kinderprinzentreffen (Neu)

Ebenfalls rd. 120 Personen mit Elternteilen:

Saalmiete:	600 Euro	z. B. Schulaula etc.
Verpflegung, Süßes etc.	900 Euro	

Gesamt: rd. 5000,- Euro

Die Koordination der Veranstaltungen wird weiterhin durch das Presseamt mit Unterstützung eines Karnevalisten durchgeführt. Angesiedelt wird es im Kulturausschuss.



CDU

Freie
Demokraten
Rhein-Kreis Neuss **FDP**



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Mit freundlichen Grüßen

Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss

Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss

Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Rhein-Kreises Neuss
Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

Donnerstag, 22. Februar 2024

Antrag für den Finanzausschuss am 5.3.2024:

Übersetzung der Broschüre „Bündnis gegen Häusliche Gewalt“

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Kreistagsfraktionen von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN und SPD bitten um Berücksichtigung des nachstehenden Antrags in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses.

Beschlussempfehlung:

Für die Übersetzung der Broschüre „Bündnis gegen Häusliche Gewalt“ in diversen Fremdsprachen sowie in leichter Sprache werden 10.000 Euro in den Haushalt 2024 eingestellt.

Begründung:

Im RKN leben viele Frauen aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Die vorhandene Broschüre „Bündnis gegen Häusliche Gewalt“ gibt es bisher nur in deutscher Sprache. Deshalb ist es notwendig, möglichst viele bei uns lebende Frauen zu erreichen, die die deutsche Sprache noch nicht ausreichend beherrschen oder unter kognitiven Einschränkungen leiden, aber dennoch von den Hilfeleistungen erfahren sollten.



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)

Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)

Angela Stein-Ulrich
Kreistagsabgeordnete
(GRÜNE)

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Errichtung eines Fachkräftekompetenzportal für Menschen, die aus dem Berufsleben ausscheiden oder ausgeschieden sind.

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Kreistagsfraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen die Einstellung von Mitteln in Höhe von 25.000 Euro für die Errichtung eines Portals, insbesondere für den Bereich „Technische Kompetenz“, welches Menschen ermöglicht sich nach der aktiven Arbeit dort anzumelden, bereitzustellen.

Begründung

Im Wesentlichen geht es darum, den freiwerdenden Fachkräften eine Chance zu bieten nach der aktiven Arbeitsphase weiter zu arbeiten und somit einen Fachkräftemangel zu kompensieren.

Die Beschäftigung geeigneter Fachkräfte kann ehrenamtlich oder gegen eine angemessene Honorierung erfolgen. In erster Linie geht es darum Know-how dort einzubinden, wo Mangel daran vorherrscht. Gerade die uns bevorstehenden Prozesse erfordern auf allen Ebenen den Einsatz von erfahrenen Praktikern.



CDU

Freie
Demokraten
Rhein-Kreis Neuss **FDP**

UWG
Unabhängige
Wählergemeinschaften
Rhein-Kreis Neuss
FREIE WÄHLER



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Mit freundlichen Grüßen

Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss

Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss

Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Umsetzungsstrategie Desk-Sharing / Kantine für Mitarbeiter

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

1. Die Verwaltung wird gebeten, schnellstmöglich ein Konzept für Desk-Sharing zu erarbeiten und auch zeitgleich die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen.
2. Die Räumlichkeiten die durch Desk-Sharing freigesetzt werden sollen auch für eine kleine Kantine/Treffpunkt Mitarbeiter umgenutzt werden.

Für die ersten Maßnahmen werden 100.000, -- in den Haushalt eingestellt.

Begründung

Die digitale Zukunft macht auch vor dem Kreis nicht halt und der Kampf um Mitarbeiter wird auch immer größer. Mittlerweile sind die Mitarbeiter bereit, 2-3 Tage die Woche im Homeoffice zu arbeiten. Dadurch kann perspektivisch die Bereitstellung von Büroräumen reduziert werden, indem Räume und Arbeitsmaterial von mehreren Personen genutzt werden können. Auch Desk-Sharing ist ein besonderes Angebot für die Mitarbeiter. Um dieses Projekt erfolgreich umzusetzen, ist als erstes ein Konzept

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

zwingend erforderlich unter Einbindung der Personalvertretung. Hier kann man natürlich auch auf die Erfahrungen anderer Verwaltungen zurückgreifen wie z.B. der LVR.

Die Bemühungen der Verwaltung für eine Kantine für Mitarbeiter hat bis jetzt ergeben, dass im Rheinland-Klinikum Mahlzeiten vergünstigt eingenommen werden können.

Das ist ein kleiner Fortschritt bei diesem Problem. Leider ist der Weg von der Verwaltung zum Klinikum etwas länger und dadurch verlieren die Mitarbeiter einige Zeit ihrer Pause. Daher sollen die freigesetzten Raumkapazitäten auch für eine kleine Kantine/Treffpunkt eingesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Neubau des Jugendamtes des Rhein-Kreises Neuss

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen die Einstellung von Mitteln in Höhe von 100.000 Euro in den Kreishaushalt 2024 zur Verwendung für die Planung eines Neubaus des Jugendamtes des Rhein-Kreises Neuss.

In diesem Zuge bitten wir die Verwaltung, die Frage der Verortung eines Neubaus schnellstmöglich zu klären.

Begründung

Die bauliche Substanz der Immobilie Am Kirmschhof 2, 41532 Korschenbroich, in der sich heute das Jugendamt des Kreises befindet, weist bauliche Mängel auf und ist darüber hinaus für die fachgerechte Nutzung durch das Amt nicht ausgelegt.

Der aktuelle Vermieter, die Rheinland Klinikum Neuss GmbH, investiert seit geraumer Zeit nicht mehr in den ehemaligen Gebäudetrakt des Seniorenheims Korschenbroich.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Die Mitarbeiter des Amtes arbeiten in beengten Verhältnissen, der essentielle Austausch mit den Klienten kann nur unter erschwerten Bedingungen in entsprechend vertraulicher Umgebung stattfinden.

Der Betrieb des Amtes ist seit Jahren nur durch eine erfolgte Auslagerung von Mitarbeitern in Außenstellen im Korschenbroicher Stadtgebiet möglich – und dies trotz der seit der Pandemie eingeführten Home-Office- und Shared-Desk-Strategie.

Im Sinne der Mitarbeiter, aber auch der Klienten ist aus unserer Sicht ein zeitnaher Neubau des Jugendamtes unumgänglich. Die Kreisverwaltung steht bezüglich der in Frage kommenden Grundstücke bereits im Austausch mit der Stadt Korschenbroich, auch die Nutzung des Grundstückes Am Kirmichhof wird erwogen.

Wir unterstützen das Ansinnen der Verwaltung, das Jugendamt nach Möglichkeit am Standort Korschenbroich zu halten und möchten mit der Beantragung der Planungsmittel für das Jahr 2024 die Dringlichkeit des Planungsbeginns eines Neubaus des Amtes unterstreichen.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

150.000 Euro für Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen die Einstellung von Mitteln in Höhe von 150.000 Euro in den Kreishaushalt 2024 zur Beschleunigung des technischen Ausbaues der IT-Sicherheit der IT-Infrastruktur des Rhein-Kreises Neuss.

Begründung

Im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing am 04. Mai 2023 in den Räumen der ITK Rheinland haben ITK-Geschäftsführung und Vertreter der Kreisverwaltung anhand von Zahlen, Fakten und Beispielen die Notwendigkeit des Ausbaus der IT-Sicherheit zum Schutz von Daten vor zunehmend professionelleren Cyberattacken eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Moderne Informationssicherheit ist von universaler Relevanz für den Schutz von Vertraulichkeit und Integrität, insbesondere von sensiblen Daten der Bürger und Unternehmen in Behörden, und die sich zunehmend negativ entwickelnde Cyber-Bedrohungslage macht angemessene Cyber-Schutzmaßnahmen unabdingbar.

Vom Kreis Anhalt-Bitterfeld, Kreis Wesel, den Städten Witten, Geissenheim, Sassnitz über Potsdam bis hin zu Landtagen und Ministerien – die Liste der Cyberangriffe auf Stellen des öffentlichen Sektors in Deutschland ist lang und wächst stetig. Die Folgen der Cyberangriffe sind zum Teil erheblich. Bürgernahe Dienstleistungen waren zum Beispiel im Kreis Bitterfeld-Anhalt über 200 Tage lang nicht oder nur sehr eingeschränkt verfügbar. Nach dem Ransomware-Angriff, bei dem sämtliche Daten verschlüsselt worden sind, konnten in dieser Zeit weder Elterngeld, Sozialgeld, Kfz-Dienstleistungen noch andere Dienstleistungen erbracht werden.

Unsere Fraktionen begrüßen daher die Pläne der Verwaltung, sich weiter resilienter und reaktionsfähiger auf die Bedrohungslage im Sinne des Grundschutzkonzeptes des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) aufzustellen, ausdrücklich. Um Sicherheitsverletzungen in der gesamten IT-Infrastruktur beim Auftreten besser identifizieren und bearbeiten zu können, bedarf es auch technologischer Lösungen.

Zu diesem Zweck beantragen wir die Mittel in Höhe von 150.000 Euro in den Haushalt 2024 einzustellen.

Die Verwaltung wird gebeten, über die Verwendung der Mittel und den ergriffenen IT-Sicherheitsmaßnahmen im Fachausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Reinhard Rehse
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Personalausschusses am 04. März 2024

Schaffung einer halben Planstelle im Bereich IT-Sicherheit

Sehr geehrter Herr Rehse,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Personalausschusses am 04. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen die Schaffung einer halben Planstelle im Bereich der IT-Sicherheit, um die personellen Ressourcen in diesem Bereich von 0,75 auf 1,25 Vollzeitäquivalente (VZÄ) anzuheben.

Begründung

In einer Welt, die von digitalen Technologien und dem Internet zunehmend geprägt ist, spielt die Sicherheit von Informationen und Daten eine entscheidende Rolle. Angesichts der wachsenden Bedrohungen für die Informationssicherheit ist die Rolle der IT-Sicherheit daher von entscheidender Bedeutung. Von Malware und Phishing-Angriffen bis hin zu gezielten Cyberangriffen - von staatlichen Akteuren erfordert die heutige Bedrohungslandschaft eine gezielte und strategische Herangehensweise an die IT-Sicherheit.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Unsere Fraktionen begrüßen ausdrücklich, dass die Kreisverwaltung bereits im Jahr 2019 einen IT-Sicherheitsbeauftragten für die Kreisverwaltung bestellt hat und sich mit diesem wichtigen Thema intensiv und konzeptionell beschäftigt.

Allerdings ist der IT-Sicherheitsbeauftragte im Umfang von 0,75 VZÄ für diese Funktion tätig und darüber hinaus mit anderen Aufgaben betraut. Die IT-Landschaft entwickelt sich indes ständig weiter, und neue Technologien und Trends bringen auch neue Sicherheitsrisiken mit sich. Die IT-Sicherheit muss jedoch jederzeit auf dem neuesten Stand sein. Zudem muss durch Konzepte und Maßnahmen eine Sicherheits-Kultur in der Verwaltung geschaffen werden.

Aufgrund dieser Tatsache sehen wir Handlungsbedarf und beantragen die Aufstockung der personellen Ressourcen im genannten Rahmen.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz, Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: IT-Sicherheit endlich ernst nehmen: Personal aufstocken und Cybersicherheit strategisch weiterentwickeln

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Rhein-Kreis Neuss beschließt, den Bereich der IT-Sicherheit schnellstmöglich um eine Vollzeitstelle zu erweitern. So soll sichergestellt werden, dass die IT-Sicherheit zu jeder Zeit – auch in Abwesenheit wegen Krankheit oder Urlaub – gewährleistet werden kann. Hierzu werden die entsprechenden Mittel im Haushalt bereitgestellt. Zudem ist bei der weiteren Ausgestaltung des Bereichs eine Trennung zwischen der operativen Ebene und der IT-Sicherheit aus Gründen der Sicherheit und Effektivität zu erwägen. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob weitere Personalstellen und finanzielle Mittel zur Erreichung dieses Ziels sowie zur strategischen Weiterentwicklung der Cybersicherheit notwendig sind.

Begründung:

Wenn auf einmal nichts mehr geht: Eine Vielzahl von Kommunen haben zuletzt erfahren müssen, was es bedeutet, wenn ihre Infrastruktur von Hackern angegriffen wird. Nach dem Hackerangriff auf den IT-Dienstleister „Südwestfalen-IT“ in der Nacht zum 30. Oktober 2023 war in 70 Kommunen in Nordrhein-Westfalen teils für mehrere Wochen an die Abwicklung von Behördengängen nicht zu denken. So standen in einigen Städten und Gemeinden nur noch Block und Stift zur Bearbeitung von Bürger*innenanliegen zur Verfügung. Aber auch automatisierte Rechnungen konnten nicht mehr bezahlt werden, Lastschriftmandate nicht eingelöst oder Straßenbauprojekte nicht mehr vergeben werden. Es herrschte Chaos in den betroffenen Kommunen. Besonders betroffen war unter anderem die Stadt Olpe, die durch den Hackerangriff auch auf ihren Haushaltsentwurf für 2024 nicht mehr zugreifen konnte.

Nach Veröffentlichung des forensischen Berichts kommen Expert*innen nun zu dem Ergebnis, dass die Angreifer auf die „Südwestfalen-IT“ ein leichtes Spiel hatten, weil keine "Multifaktor-Authentifizierung" verwendet worden ist. Ferner werden Kommunen von Expert*innen als leichtes Angriffsobjekt für Hackerangriffe bewertet.

Aus Sicht der Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um einen erfolgreichen Hackerangriff auf die Strukturen des Rhein-Kreises Neuss zu vermeiden. In der Sitzung des Ausschusses für

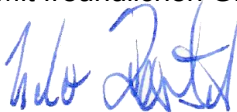
Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing am 4. Mai 2023 stellte der IT-Sicherheitsbeauftragte der Verwaltung die aktuelle Situation im Rhein-Kreis Neuss – im Zuge der Vorstellung des Jahresberichts zur IT-Sicherheit 2022 - dar.

Die Ausführungen unterstrichen, dass die momentane personelle Situation nicht ausreichend ist, um die Cybersicherheit im Kreis bestmöglich zu gewährleisten. So heißt es in der Sitzungsvorlage-Nr. VI/2608/XVII/2023 „Zum Tagesgeschäft der IT der Kreisverwaltung gehört es deshalb zunehmend, potentielle Schwachstellen für Cyber-Angriffe zu lokalisieren und abzustellen und die Beschäftigten zu schulen und zu sensibilisieren.“ Auf Nachfrage wurde deutlich, dass es zurzeit keine Vollzeitstelle in der Verwaltung gibt, die sich ausschließlich um die Sicherstellung der IT-Sicherheit kümmert. Vielmehr gibt es eine Überschneidung zwischen dem operativen Geschäft und der IT-Sicherheit. Das erscheint aus Gründen der Sicherheit und Effektivität fraglich. Die formell benannten IT-Sicherheitsbeauftragten (75 Prozent sowie 25 Prozent Stellenanteil) können durch ihre Arbeitsleistung für zusätzliche IT-Aufgabenbereiche und der maßgeblichen Beteiligung am operativen Tagesgeschäft den zugestandenen Zeitanteilen nicht gerecht werden. Es bedarf einer Umverteilung der andersartigen Hauptaufgaben, um der Übertragung der Rolle als IT-Sicherheitsverantwortliche in der Praxis gerecht zu werden.

Ferner ist auch die Verantwortlichkeit für die Cybersicherheit im Falle von Urlaub oder Krankheit bedenklich. Aus den genannten Gründen braucht es umgehend personelle Verstärkung für die IT-Sicherheit.

Damit der Bereich der IT-Sicherheit zudem für die Zukunft aufgestellt werden kann, auch vor dem Hintergrund von immer häufiger werdenden und komplexeren Angriffen, muss eine Weiterentwicklung des Bereichs erfolgen. In den Jahren 2022 und 2023 wurden beim Rhein-Kreis Neuss zusätzliche Sicherheitstechniken zum Einsatz gebracht, um die Cyber-Resilienz maßgeblich zu stärken. Die hinzugewonnen Schutztechnologien brauchen eine laufende Betreuung und unterliegen einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess (PDCA-Zyklus). Die Auslastung der zentralen IT-Steuerung ist dadurch zwangsläufig erheblich gestiegen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, wie das personelle Konzept für die Cybersicherheit strategisch für die Zukunft ausgerichtet werden kann und muss und ggf. durch weiteres Personal aufzustocken ist. Die Anforderungen der Cyberversicherung sind ebenfalls zu berücksichtigen. Hierzu ist dem Ausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch (SPD)
Fraktionsvorsitzender



Petra Schenke (GRÜNE)
Fraktionsvorsitzende



Dirk Schimanski (GRÜNE)
Fraktionsvorsitzender



Christina Borggräfe
stllv. Landrätin (SPD)

- (1) <https://www.tagesschau.de/inland/regional/nordrheinwestfalen/wdr-hacker-angriff-suedwestfalen-it-raeumt-schwere-sicherheitsluecken-ein-100.html>
- (2) <https://www.zeit.de/2024/05/hackerangriff-kommunen-kreis-olpe-digitalisierung>

An den Vorsitzenden des Personalausschusses
Herrn Reinhard Rehse, Kreisverwaltung

26. Februar 2024

Sitzung des Personalausschusses am 4. März 2024

Antrag: IT-Sicherheit endlich ernst nehmen: Personal aufstocken und Cybersicherheit strategisch weiterentwickeln

Sehr geehrter Herr Rehse,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Rhein-Kreis Neuss beschließt, den Bereich der IT-Sicherheit schnellstmöglich um eine Vollzeitstelle zu erweitern. So soll sichergestellt werden, dass die IT-Sicherheit zu jeder Zeit – auch in Abwesenheit wegen Krankheit oder Urlaub – gewährleistet werden kann. Hierzu werden die entsprechenden Mittel im Haushalt bereitgestellt. Zudem ist bei der weiteren Ausgestaltung des Bereichs eine Trennung zwischen der operativen Ebene und der IT-Sicherheit aus Gründen der Sicherheit und Effektivität zu erwägen. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob weitere Personalstellen und finanzielle Mittel zur Erreichung dieses Ziels sowie zur strategischen Weiterentwicklung der Cybersicherheit notwendig sind.

Begründung:

Wenn auf einmal nichts mehr geht: Eine Vielzahl von Kommunen haben zuletzt erfahren müssen, was es bedeutet, wenn ihre Infrastruktur von Hackern angegriffen wird. Nach dem Hackerangriff auf den IT-Dienstleister „Südwestfalen-IT“ in der Nacht zum 30. Oktober 2023 war in 70 Kommunen in Nordrhein-Westfalen teils für mehrere Wochen an die Abwicklung von Behördengängen nicht zu denken. So standen in einigen Städten und Gemeinden nur noch Block und Stift zur Bearbeitung von Bürger*innenanliegen zur Verfügung. Aber auch automatisierte Rechnungen konnten nicht mehr bezahlt werden, Lastschriftmandate nicht eingelöst oder Straßenbauprojekte nicht mehr vergeben werden. Es herrschte Chaos in den betroffenen Kommunen. Besonders betroffen war unter anderem die Stadt Olpe, die durch den Hackerangriff auch auf ihren Haushaltsentwurf für 2024 nicht mehr zugreifen konnte.

Nach Veröffentlichung des forensischen Berichts kommen Expert*innen nun zu dem Ergebnis, dass die Angreifer auf die „Südwestfalen-IT“ ein leichtes Spiel hatten, weil keine "Multifaktor-Authentifizierung" verwendet worden ist. Ferner werden Kommunen von Expert*innen als leichtes Angriffsobjekt für Hackerangriffe bewertet.

Aus Sicht der Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um einen erfolgreichen Hackerangriff auf die Strukturen des Rhein-Kreises Neuss zu vermeiden. In der Sitzung des Ausschusses für

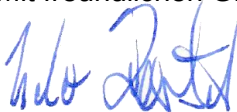
Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing am 4. Mai 2023 stellte der IT-Sicherheitsbeauftragte der Verwaltung die aktuelle Situation im Rhein-Kreis Neuss – im Zuge der Vorstellung des Jahresberichts zur IT-Sicherheit 2022 - dar.

Die Ausführungen unterstrichen, dass die momentane personelle Situation nicht ausreichend ist, um die Cybersicherheit im Kreis bestmöglich zu gewährleisten. So heißt es in der Sitzungsvorlage-Nr. VI/2608/XVII/2023 „Zum Tagesgeschäft der IT der Kreisverwaltung gehört es deshalb zunehmend, potentielle Schwachstellen für Cyber-Angriffe zu lokalisieren und abzustellen und die Beschäftigten zu schulen und zu sensibilisieren.“ Auf Nachfrage wurde deutlich, dass es zurzeit keine Vollzeitstelle in der Verwaltung gibt, die sich ausschließlich um die Sicherstellung der IT-Sicherheit kümmert. Vielmehr gibt es eine Überschneidung zwischen dem operativen Geschäft und der IT-Sicherheit. Das erscheint aus Gründen der Sicherheit und Effektivität fraglich. Die formell benannten IT-Sicherheitsbeauftragten (75 Prozent sowie 25 Prozent Stellenanteil) können durch ihre Arbeitsleistung für zusätzliche IT-Aufgabenbereiche und der maßgeblichen Beteiligung am operativen Tagesgeschäft den zugestandenen Zeitanteilen nicht gerecht werden. Es bedarf einer Umverteilung der andersartigen Hauptaufgaben, um der Übertragung der Rolle als IT-Sicherheitsverantwortliche in der Praxis gerecht zu werden.

Ferner ist auch die Verantwortlichkeit für die Cybersicherheit im Falle von Urlaub oder Krankheit bedenklich. Aus den genannten Gründen braucht es umgehend personelle Verstärkung für die IT-Sicherheit.

Damit der Bereich der IT-Sicherheit zudem für die Zukunft aufgestellt werden kann, auch vor dem Hintergrund von immer häufiger werdenden und komplexeren Angriffen, muss eine Weiterentwicklung des Bereichs erfolgen. In den Jahren 2022 und 2023 wurden beim Rhein-Kreis Neuss zusätzliche Sicherheitstechniken zum Einsatz gebracht, um die Cyber-Resilienz maßgeblich zu stärken. Die hinzugewonnen Schutztechnologien brauchen eine laufende Betreuung und unterliegen einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess (PDCA-Zyklus). Die Auslastung der zentralen IT-Steuerung ist dadurch zwangsläufig erheblich gestiegen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, wie das personelle Konzept für die Cybersicherheit strategisch für die Zukunft ausgerichtet werden kann und muss und ggf. durch weiteres Personal aufzustocken ist. Die Anforderungen der Cyberversicherung sind ebenfalls zu berücksichtigen. Hierzu ist dem Ausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch (SPD)
Fraktionsvorsitzender



Petra Schenke (GRÜNE)
Fraktionsvorsitzende



Dirk Schimanski (GRÜNE)
Fraktionsvorsitzender



Christina Borggräfe
stllv. Landrätin (SPD)

- (1) <https://www.tagesschau.de/inland/regional/nordrheinwestfalen/wdr-hacker-angriff-suedwestfalen-it-raeumt-schwere-sicherheitsluecken-ein-100.html>
- (2) <https://www.zeit.de/2024/05/hackerangriff-kommunen-kreis-olpe-digitalisierung>

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Nutzung von KI/Cloud Computing, Chat GPT und eines Chatbot in der Kreisverwaltung

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktion von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen

1. die Erstellung eines Konzeptes zur Nutzbarmachung von KI/Cloud Computing und Chat GPT in verschiedenen Einrichtungen der Kreisverwaltung;
2. die Implementierung eines KI-basierten Chatbots auf der Internetseite des Kreises zur Verbesserung des Bürgerservices.

Hierfür sollen zusammen 50.000 Euro in den Kreishalt eingestellt werden. Für Punkt 1 sollen 40.000 Euro und für 10.000 Euro verwendet werden.

Begründung

Derzeit kommen mehrere Faktoren für den Einsatz von KI- und Cloud Computing begünstigend für die Kreisverwaltung zum Tragen. Dies wären zum einen die dünne Personaldecke aufgrund des Fachkräftemangels und demografischen Wandels und der damit unbesetzten Stellen in verschiedenen Ressorts, zum anderen aber auch ganz aktuell die geplanten Investitionen des IT Giganten Microsoft im Zuge des Strukturwandels in der rheinischen Region (Standorte Bedburg, Bergheim und ein weiterer noch nicht bekannter).

Der Microsoft Konzerns plant am Standort Deutschland die größte Investition der Unternehmensgeschichte mit dem Ziel KI - sprich die Anwendung künstlicher neuronaler Netzwerke mittels elektronischer bzw. optischer Signale. Besonders in der Wirtschaft gibt es eine überdurchschnittliche Nachfrage. Ergänzend soll eine groß angelegte Weiterbildungsinitiative des Konzerns digitale Kompetenzen vermitteln.

Weitere Nutznießer im Zuge des Strukturwandels wären im rheinischen Revier IT-Dienstleister, Verbände und Bildungseinrichtungen, aber auch die Industrie (4.0) mit Maschinenbau, Automobilindustrie sowie Pharma- und Finanzbranche. Der RKN könnte hier als Modellkommune mit innovativen KI-Lösungen vorangehen, um den Standort zukunftsfit zu machen und wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen. Die anfänglichen Investitionskosten werden sich schon bald amortisieren.

Die Kreisverwaltung des Rhein-Kreises Neuss ist aufgrund der Nähe zu den zukünftigen Standorten der Rechenzentren daher geradezu prädestiniert, in einzelnen Projekten KI Technologietrends exemplarisch und gewinnbringend in verschiedensten Verwaltungsaktivitäten und -bereichen einzuführen und Synergien durch schnellste Latenzzeiten hieraus nutzbar zu machen.

Das gilt konkret auch für Servicedienstleistungen der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger. Diese erwarten einen schnellen, unkomplizierten Zugang zu Informationen und Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung. Ein KI-basierter Chatbot kann einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung dieser Erwartungen leisten, indem er rund um die Uhr verfügbar ist und sofortige Antworten auf häufig gestellte Fragen liefert. Dies verbessert nicht nur die Zufriedenheit der Nutzer, sondern entlastet auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von routinemäßigen Anfragen, sodass sie sich komplexeren Aufgaben widmen können.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Die Vorteile eines solchen Systems umfassen:

- **Verbesserter Zugang zu Informationen:** Bürgerinnen und Bürger erhalten sofortige Antworten auf ihre Fragen, ohne lange auf eine Rückmeldung warten zu müssen.
- **Effizienzsteigerung:** Durch die Automatisierung häufiger Anfragen können Ressourcen effizienter genutzt und die Bearbeitungszeiten verkürzt werden.
- **Erhöhte Verfügbarkeit:** Ein Chatbot ist 24/7 verfügbar, was den Bürgerservice außerhalb der regulären Geschäftszeiten erweitert.
- **Brücke zu Online-Diensten:** Der Chatbot kann Nutzer gezielt zu den relevanten Online-Diensten führen und somit die Nutzung digitaler Verwaltungsleistungen fördern.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Kostenfreie Nutzung des ÖPNV im Kreisgebiet bei freiwilliger Abgabe des Führerscheins

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig all den Menschen, die ihre Fahrerlaubnis(se) aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund ihres Alters freiwillig und dauerhaft abgeben, die kostenlose Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss zu ermöglichen. Diese Regelung soll nur für gemeldete Menschen im Rhein-Kreis Neuss gelten.

Diesen Personen soll ein entsprechender Ausweis ausgehändigt werden, mit denen der Öffentliche Nahverkehr im Rhein-Kreis Neuss in den kommenden fünf Jahren nach Abgabe des Führerscheins kostenfrei genutzt werden kann. Die Regelung findet keine rückwirkende Anwendung. Die Kosten dafür sollen vom Rhein-Kreis Neuss getragen werden und sind im Haushalt eines jeden Jahres abzubilden.

Es werden für das erste Jahr Haushaltsmittel in Höhe von 20.000,-- eingestellt.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Begründung

Aufgrund der Bundesvorgaben gilt es, als zuständige Straßenverkehrs- und Gefahrenabwehrbehörde Anreize für den freiwilligen Verzicht auf die Fahrerlaubnis zu schaffen.

Jede Fahrerlaubnis, die aus Gründen des Alters oder der Gesundheit freiwillig abgegeben wird, schafft mehr Verkehrssicherheit, führt aber finanziell als auch zeitlich zu enormen Belastungen für die Betroffenen oder ihre Angehörigen.

Mit diesem Antrag soll ein Anreiz zur freiwilligen Abgabe der Fahrerlaubnis geschaffen werden, der die Folgen eines freiwilligen Verzichts auf die Fahrerlaubnis mildert und so einen gewissen Ausgleich bei der dann noch zur Verfügung stehenden Mobilität schafft. Darüber hinaus dient er weiter auch der Steigerung der Verkehrssicherheit insgesamt.

Wir davon aus, dass dieses Angebot in vielen Fällen ein gewichtiges Argument für einen Verzicht sein wird.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Unterstützung der Ansiedlung einer Tierklinik

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten, Kontakt zu den Tierkliniken im Umland aufzunehmen und dabei zu klären,

1. ob jemand Interesse daran hat, eine Tierklinik im Rhein-Kreis Neuss zu errichten;
2. wie der Rhein-Kreis Neuss bei der Umsetzung behilflich werden kann.

Für die begleitenden Maßnahmen werden 20.000,-- in den Haushalt eingestellt.

Begründung

Die mehr als 450.000 Einwohner im Kreisgebiet halten in eine nicht geringe Zahl an Haustieren oder Nutztieren. Im gesamten Rhein-Kreis Neuss fehlt es allerdings seit Jahren – trotz einer guten Infrastruktur an Tierarztpraxen – eine Tierklinik oder ein tierärztlicher 24-Stunden-Dienst. Tierhalter aus dem Kreisgebiet sind daher bislang gezwungen, Wege in die umliegenden Oberzentren auf sich zu nehmen, sofern die

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Behandlungsmethoden des Tierarztes erschöpft sind bzw. dieser im konkreten Fall nicht erreichbar ist.

Zudem ist kein Tiernotruf vorhanden, der rund um die Uhr erreichbar wäre. In vielen anderen Städten ist dieser sogar mit einem entsprechenden Notfall-Einsatzfahrzeug ausgestattet. Insbesondere für ältere und nicht mehr mobile Menschen könnte ein solches Angebot bei einem Notfall jedoch eine wichtige Hilfestellung darstellen.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Einrichtung und Absicherung einer Notstromversorgung für den Lokalsender NE-WS 89.4

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten die Verwaltung für den Lokalsender NE-WS 89.4 die Beschaffung eines externen Notstromaggregates für das Sendestudio in Neuss (Moselstraße) sowie die Einrichtung und langfristige Absicherung einer Notstromversorgung am Rheinturm Düsseldorf (Frequenz 89,4 MHz) und am Funkturm Grevenbroich (Frequenz 102,1 MHz) über eine Netzersatzanlage vorzunehmen.

Der Mittelbedarf für die durchzuführenden Maßnahmen gestaltet sich wie folgt:

1. Beschaffung Notstromaggregat (2024): 15.000 Euro einmalig
2. Absicherung der Frequenzen (2024ff.):
 - a. Rheinturm Düsseldorf: 10.000 Euro
 - b. Funkturm Grevenbroich: 25.000 Euro

Wir beantragen die Mittel in Höhe von 50.000 Euro für das Jahr 2024 einzustellen und die Kosten der Absicherung der Frequenzen für die Aufstellungen der folgenden Haushaltsjahre vorzumerken.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Diese Beantragung soll mit einem Sperrvermerk erfolgen, der durch den Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz aufgehoben werden kann. Hintergrund hierzu sind mögliche Neustrukturierungen der Senderlandschaft.

Begründung

Situationen, in denen weite Teile der Bevölkerung des Rhein-Kreises Neuss vor akuten oder zu erwartenden Gefahrenlagen gewarnt werden müssen, werden – auch bedingt durch den Klimawandel – immer wieder vorkommen. Um möglichst viele Menschen im Kreisgebiet zu erreichen, eignet sich das Radio hervorragend als schneller und direkter Informationskanal. Der Sender NE-WS 89.4 erreicht als Lokalsender eine breite Zuhörerschaft über die bestehenden Frequenzen 89,4 und 102,1 MHz.

Damit diese auch in Falle eines flächendeckenden Stromausfalls zur Verfügung steht, ist die Absicherung der Stromversorgung sowohl der Sendestudios in der Neusser Moselstraße, als auch der Frequenzen 89,4 MHz (Meerbusch, Neuss, Kaarst, Rommerskirchen, Dormagen) sowie 102,1 MHz (vor allem Grevenbroich, Jüchen und weite Teile Korschenbroichs) von Nöten.

Mit unserem Antrag sind wir gewillt, den Sender als Informationsmedium im Ernstfall krisenfest auszustatten.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

**CDU****KREISTAGSFRAKTION
RHEIN-KREIS NEUSS
SPD****Freie
Demokraten
FDP**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Planung eines Neubaus der Kreisleitstelle

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten die Verwaltung:

1. die Planung eines Neubaus der Kreisleitstelle vorzubereiten und hierbei die Schaffung von Räumen für die Unterbringung des Krisenstabes, des operativ-taktischen Stabes und der Koordinierungsgruppe des Stabes (KGS) zu berücksichtigen. Die Vorbereitung sollten gemäß der HOAI die Leistungsphasen I-III umfassen und die Grundlage für weitere Beschlussfassungen der zuständigen politischen Gremien sein.
Hierzu werden Mittel in Höhe von 950.000 Euro in den Kreishaushalt 2024 eingestellt.
2. den Bedarf für die Beschaffung von Fahrzeugen, Gerät und Materialien für den Brand- und Katastrophenschutz zu ermitteln, damit die Ergebnisse als Grundlage für die Schaffung von Stell- und Lagerflächen bei einem Neubau berücksichtigt werden können.
3. die Sondierung eines externen Fachplaners einzuleiten, der – vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses – in eine vertiefende Planung und Realisierung des Neubauvorhabens einbezogen werden kann.

**CDU**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Begründung

Als Grundlage des Antrages dient die Handlungsempfehlung der Risikoanalyse und Soll-Ist Abgleich Krisenvorsorge des Unternehmens LÜLF+, S. 52:

„Es besteht im Bereich der Leitstelle dringender Handlungsbedarf. Die zuverlässige Betriebsfähigkeit ist aufgrund der ermittelten, sicherheitsrelevanten Defizite nicht sichergestellt. Im Hinblick auf die Krisenvorsorge ist die Leitstelle das „Herzstück“ des Kreises, welche aktuell die größte Schwachstelle darstellt. Die notwendigen Maßnahmen der Leitstelle sind am aktuellen Standort nicht realisierbar, weshalb ein Neubau vorzusehen ist.“

Mit freundlichen Grüßen

Sven Ladeck

Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Udo Bartsch

Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Petra Schenke

Vorsitzende der Fraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im
Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Dirk Rosellen

Vorsitzender der FDP-Fraktion im
Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Dirk Schimanski

Vorsitzender der Fraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im
Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Carsten Thiel

Vorsitzender der UWG/Freie
Wähler-Fraktion im Kreistag des
Rhein-Kreises Neuss

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: „Coole Schulhöfe“ im Rhein-Kreis Neuss: Klimaresistente Schulhöfe durch Entsiegelung und grüne Gestaltung

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Rhein-Kreis Neuss beschließt ein Pilotprojekt zur Umgestaltung von Schulhöfen – angelehnt an das Projekt „Coole Schulhöfe“ – an einer kreiseigenen Schule.
- Dazu wird die Verwaltung gebeten, Gespräche mit den kreiseigenen Schulen zu führen, die – nach einer Prüfung – geeignete Flächen zur Entsiegelung haben. Daran anschließend ist gemeinsam mit mindestens einer Schule eine klimaresistentere Freianlagengestaltung zu entwickeln und modellhaft umzusetzen.
- In einem ersten Schritt wird für die Planung und Umgestaltung von mindestens einem Schulhof einer kreiseigenen Schule ein Betrag in Höhe von 150.000 € in den Haushalt 2024 eingestellt.

Begründung:

Bildungseinrichtungen und Lernumgebungen sollten den veränderten klimatischen Bedingungen in unserer Region Rechnung tragen und sich daran bestmöglich anpassen.

Dazu gehört, Schulhöfe widerstandsfähig gegen den Klimawandel zu machen und als abwechslungsreiche und zukunftsfähige Lern- und Lebensräume zu gestalten. So steht es auch in den Zielformulierungen des NRW-Umweltministeriums zu dem Programm „Coole Schulhöfe“, das ausgelaufen ist. Darüber hinaus sind Schulhöfe neben Lernorten auch Erholungsräume, in denen Gemeinschaft gelebt wird.

Neben der Entsiegelung von geeigneten Flächen auf Schulhöfen tragen mehr schattenspendende Bäume, insektenfreundliche Stauden und eine insgesamt „grünere“ Gestaltung von Schulgrundstücken zur Widerstandsfähigkeit und besserer Aufenthaltsqualität bei. Darüber hinaus bieten „grüne Klassenzimmer“ einen besonderen Lernort, um Umweltbildung zu vermitteln. Ferner sind Outdoor-Klassenzimmer insbesondere in den Sommermonaten eine Ergänzung und Alternative.

Bei der Umgestaltung des Schulhofs soll möglichst eine umfassende Beteiligung der gesamten Schulgemeinschaft, sowie möglicher Kooperationspartner*innen wie beispielsweise der Biologischen Station, Studierende der Landschaftsarchitektur und dem Kreis in Form von Workshops o.ä. Formaten erfolgen.

Nach Abschluss des Projektes soll dieses evaluiert werden und im besten Fall in einem Programm „Coole Schulhöfe“ im Rhein-Kreis Neuss münden, mit dem jedes Jahr mindestens ein Schulhof einer kreiseigenen Schule umgestaltet wird.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender (SPD)



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende (GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender (GRÜNE)



Christina Borggräfe
stv. Landrätin (SPD)



Andrea Jansen
stv. Fraktionsvorsitzende (SPD)

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Hitzeschutz für die kreiseigenen Schulen

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Kreistagsfraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen die Einstellung von Mitteln in Höhe von 80.000 Euro für einen Hitzeschutz an kreiseigenen Schulen bereitzustellen.

Begründung

Der Klimawandel beschert uns extreme Wetterlagen und längere Hitzeperioden. In Deutschland werden immer öfter Temperaturen über 30 Grad Celsius erreicht, was für Kinder schnell gefährlich werden kann. So kam es im vergangenen Jahr im Sommer bereits um 8 Uhr morgens zu Temperaturmessungen in Klassenzimmern zwischen 27 und 32 Grad Celsius. Dies zeigt, dass Schulen dringend einen Hitzeschutzplan benötigen und das rasch gehandelt werden muss.

Lüften in den Morgenstunden und Verdunklungen der Fenster sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Man sollte auch auf natürliche Mittel zurückgreifen. Viele Schulhöfe wurden mit Pflastersteinen zubetoniert. Ein Baum oder hohe Sträucher, die Schatten

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

spenden könnten, wurden verbannt. Die Klimaentwicklung wird diese Maßnahmen abstrafen. Man muss umdenken und wieder für eine ausreichende Ausstattung der Schulhöfe mit natürlicher Begrünung, sprich Bäumen und Sträuchern Sorge tragen.

Eine Dachbegrünung verändert das Mikroklima, da sie Licht und Wärme absorbiert bzw. abstrahlt. Durch

die Verdunstung von Wasser heizt sich das Dach und somit das Gebäude deutlich weniger auf. Zusätzlich wird die Umgebungsluft gekühlt. Grüne Dächer sind mit wenig Pflegeaufwand verbunden und erhöhen die Dämmung und damit den Hitzeschutz. Dieses Thema wurde im Jahr 2017 schon einmal aufgegriffen und seitdem hat sich nichts in dieser Hinsicht entwickelt. Man könnte hier den Schulen bei dieser Maßnahme behilflich sein und es somit attraktiv machen. Das Gründachkataster NRW (LANUV NRW) liefert Informationen, ob eine Dachfläche für die Gründachnachrüstung geeignet ist, welche Vorteile damit verbunden sind und welche ungefähren Kosten entstehen.

Auch könnte man die Schulgebäude begrünen. Fassadenbegrünung kühlt die Umgebungsluft und schützt das Gebäude vor direkter Sonneneinstrahlung. Zudem wird die Fassade vor Verwitterung geschützt und bindet Feinstaub. Ein Beispiel wie einfach es ist Gebäude zu begrünen findet man in der Düsseldorfer Innenstadt neben dem Theater. In vielen Ländern z.B. im asiatischen Raum hat man sehr gute Erfahrungen mit der Begrünung von Schulgebäuden gemacht.

Wir finden es sehr wichtig, dass unsere Schulen für die Zukunft fit gemacht werden und eine Anpassung an die Klimaverhältnisse erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Trinkwasser in Kreisschulen

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, welches Kosten-Nutzenverhältnis Trinkwasser-Spender hätten, deren Nutzung den Schülern und dem Schulpersonal kostenfrei zur Verfügung gestellt werden könnte, bzw. an welchen Schulen ein solches Angebot sinnvoll wäre. Bei der Prüfung sollen mindestens folgende Aspekte berücksichtigt werden mit anschließender Umsetzung.

1. die Qualität der vorhandenen Trinkwasser-Versorgung über Leitungswasser,
2. die bisherige Möglichkeit, sich Trinkwasser aus den Wasserhähnen in mitgebrachte Behälter zu füllen (insbesondere die Tiefe der Waschbecken-Vorrichtung),
3. die Kosten, die durch die Anschaffung und regelmäßige Wartung von Trinkwasserspendern pro Spender anfallen, auch unter Berücksichtigung der Variante Miete.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Es werden Mittel in Höhe von 20.000,-- mit Sperrvermerk eingestellt. Sollte die Prüfung die Anschaffung von Trinkwasser-Spendern nahelegen, wird der Sperrvermerk durch die Fachausschuss aufgehoben.

Begründung

An wenigen öffentlichen Einrichtungen ist die Versorgung mit kostenlosem Trinkwasser so wichtig, wie an Schulen.

Unzählige Pilotprojekte bestätigen den Erfolg von solchen Spendern. An Schulen, die einen Trinkwasserspender angeschafft haben, trinken die Kinder deutlich mehr Wasser. Der Anteil an zuckerhaltigen Getränken auf dem Ernährungsplan der Kinder geht zurück. Das Aufstellen von Wasserspendern in Schulen, aber auch Kitas kann dazu beitragen, dass ein Bewusstsein für gesunde Ernährung gefördert wird. Dies hilft auch Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen vorzubeugen, denn ihre Flüssigkeitszufuhr wird oft in zu großen Anteilen über ungesunde zucker- und säurehaltige Softdrinks gedeckt.

Die Trinkwasser-Versorgung an Schulen ist besonders in Anbetracht der zukünftig häufiger werdenden Hitzesommer elementar wichtig. Mangelnde Flüssigkeitszufuhr führt unter anderem zu abnehmender Konzentration, Kopfschmerzen und Kreislauf-Problemen. Dehydrierung stellt ein erhebliches gesundheitliches Risiko dar. Ausgegangen von einer empfohlenen Getränkezufuhr von 1530 ml für Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren und bei einem exemplarisch veranschlagten täglichen Aufenthalt von 7 Stunden in der Schule, resultiert ein Trinkwasser-Bedarf von circa 765 ml pro Schüler je Schultag. Während des Schultages findet ein erheblicher Teil der täglichen Trinkwasserzufuhr statt. Darüber hinaus deuten wissenschaftliche Befunde darauf hin, dass durch die Installation von Wasserspendern der durchschnittliche Trinkwasser-Konsum gesteigert werden kann.

Diesen Bedarf sollte die schulische Trinkwasser-Versorgung decken. Vorrangig sollte dies über das Abfüllen von Leitungswasser geschehen. Kann jedoch die Versorgung mit einwandfreiem Leitungswasser nicht gewährleistet werden oder sind die vorhandenen Waschbecken aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht zum Abfüllen geeignet, sollten Alternativen wie Trinkwasser-Spender zur Verfügung gestellt werden. Da nicht alle Schulen über Mensen verfügen, der Kauf von verpacktem Trink- oder Mineralwasser zu einem hohen Müllaufkommen führt, und dieser individuell hohe finanzielle Auswirkungen haben kann, scheinen in diesem Fall Trinkwasserspender

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

eine adäquate Alternative zu sein. Selbstverständlich müsste bei einer Anschaffung die Schulkonferenz in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Sebastianus-Schule in Kaarst - Förderschule im Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Kreisverwaltung wird beauftragt

1. den baulichen Zustand, die Räumlichkeiten und die Erweiterungsmöglichkeiten kurzfristig für die Sebastianus-Schule zu prüfen und eine zukunftswirksame Investitions-/Sanierungsplanung im Hinblick auf die steigenden Bedarfe mit entsprechenden Zeitplan zu erstellen;
2. darüber zu berichten, wann mit einem Erweiterungsbau auf der bestehenden Außenfläche für weitere Klassenzimmer begonnen werden kann.

Da davon auszugehen ist, dass an der Sebastianus-Schule ein Investitionsbedarf für die Jahre 2024 und 2025 von >1 Mio. Euro besteht, wird für 2024 als erster Schritt ein Betrag von 500.000 Euro in den Kreishaushalt eingestellt.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Begründung

Die Sebastianus-Schule mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung ist für die Städte Kaarst, Korschenbroich und Meerbusch zuständig. Der Förderbedarf nimmt genau wie in den anderen Förderschulen des Kreises stetig und auch überdimensional zu. In den letzten zwei Jahren wurden Notbehelfe mit Containern, Mensaabbau und diverse Raumverkleinerungen zur Gewinnung von Klassenräumen vorgenommen. Notlösungen die leider zum Standard geworden sind.

Zwischenzeitlich gibt es keine Mensa mehr; die Kinder und Jugendlichen müssen im Klassenzimmer essen; es gibt keinen Konferenzraum mehr; keinen Gemeinschaftsraum; in Fluren werden Klassenräume verlegt; das Schwimmbad ist nicht mehr nutzbar; der Putz in Klassenräumen oder Fluren kommt teilweise von den Wänden bzw. entstandene Schäden müssen verputzt werden.

Diese Förderschule war noch vor einigen Jahren eine beliebte Anlaufstelle für Eltern und Lehrpersonal. Zum neuen Schuljahr 2024/2025 ist bereits jetzt ein Nettobedarf von plus 10 Schülern gegeben. Räumlichkeiten sind keine mehr vorhanden. Die Schulleitung weiß keine Lösung mehr.

In dieser Schule besteht dringender Handlungsbedarf. Die Lage ist ernst.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Prävention psychischer Erkrankungen in den Berufsschulen des Rhein-Kreises Neuss

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die vorliegenden Anhaltspunkte verdeutlichen die Dringlichkeit dieses Anliegens:

1. In jeder Berufsschulklasse gibt es 4 bis 5 Schülerinnen und Schüler mit psychischen Erkrankungen.
2. Zwischen 2 und 5 Schülerinnen und Schüler haben Eltern mit psychischen Erkrankungen.
3. Junge Menschen mit psychischen Erkrankungen brechen häufiger die Berufsschule und Ausbildung ab. Dies betrifft sowohl Berufsschülerinnen und -schüler als auch Lehrkräfte an Berufsschulen und Auszubildende.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

4. Suizid ist nach Verkehrsunfällen die zweithäufigste Todesursache bei Jugendlichen. Risikofaktoren für suizidales Verhalten umfassen Psychosen, Suchterkrankungen, stark ausgeprägte aggressive Verhaltensstörungen oder Impulskontrollstörungen.
5. Um diesen Herausforderungen zu begegnen und die psychische Gesundheit in der Berufsschule zu stärken, bitten wir die Verwaltung, ein Projekt/Programm zu entwickeln, das die folgenden Maßnahmen umfasst:
6. Psychische Krisen ansprechen und bewältigen:
 - a. Sensibilisierung von Lehrkräften, Ausbildenden und Berufsschülerinnen und -schülern für das Thema psychische Gesundheit.
 - b. Einrichtung von Unterstützungsstrukturen und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern an den Berufsschulen.
7. Resilienz fördern:
Implementierung von Schulungen und Workshops zur Stärkung der psychischen Widerstandsfähigkeit bei Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Ausbildenden.
8. Gesundheitsförderliche Prozesse anstoßen:
Förderung von gesundheitsförderlichen Aktivitäten und Maßnahmen in der Berufsschule.
9. Stigmatisierung abbauen:
Kampagnen und Aktionen zur Sensibilisierung gegenüber psychischen Erkrankungen, um Vorurteile abzubauen.
10. Hilfesuchverhalten verbessern:
Aufklärung und Unterstützung bei der Suche nach professioneller Hilfe für Betroffene.
11. Selbstverantwortung fördern:
Förderung von Selbstverantwortung im Umgang mit der eigenen psychischen Gesundheit.
12. Warnsignale erkennen:
Schulungen für Lehrkräfte und Ausbildende, um frühzeitig Warnsignale psychischer Erkrankungen zu erkennen.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

13. Bewältigungsstrategien erlernen:

Implementierung von Programmen zur Vermittlung von Bewältigungsstrategien für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Auszubildende.

14. Ängste und Vorurteile hinterfragen:

Förderung von Diskussionen und Workshops, um Ängste und Vorurteile im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen zu überwinden.

15. Hilfe finden:

Bereitstellung von Informationen und Ressourcen für Betroffene, um adäquate Hilfe zu finden.

16. Aus Erfahrungen lernen:

Schaffung von Möglichkeiten für den Austausch von Erfahrungen und die gemeinsame Reflexion über den Umgang mit psychischen Erkrankungen.

Hierfür sollen 100.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden.

Begründung

Der Antrag zielt darauf ab, psychische Erkrankungen in der Berufsschule zu thematisieren und geeignete Maßnahmen zur Prävention und Bewältigung zu ergreifen. Wir sind überzeugt, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der psychischen Gesundheit in der Berufsschule leisten kann.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Rhein-Kreises Neuss
Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

Donnerstag, 22. Februar 2024

Antrag für den Finanzausschuss am 5.3.2024:

Schaffung von Trinkwasserbrunnen an den vier Berufskollegs in kreiseigener Trägerschaft

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Kreistagsfraktionen von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN und SPD bitten um Berücksichtigung des nachstehenden Antrags in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses.

Beschlussempfehlung:

Für die Installation von Trinkwasserbrunnen an den vier Berufskollegs in kreiseigener Trägerschaft werden 50.000 Euro in den Haushalt 2024 eingestellt.

Bei der Umsetzung ist zu beachten, dass die Trinkwasserbrunnen stets für die Lernenden und Schulbeschäftigten zugänglich sind. Zur Vermeidung von Wasserverschwendung sollten die Brunnen nur auf Knopfdruck funktionieren. Es soll sowohl das Füllen von Flaschen und Bechern als auch das direkte Trinken ermöglicht werden. Die Wasserqualität ist regelmäßig zu überprüfen.

Begründung:

Die Schaffung von Trinkbrunnen ermöglicht den Lernenden und Schulmitarbeitenden die Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser zu jeder Zeit. Ein Auffüllen von Trinkflaschen in den Toilettenanlagen ist aus hygienischen Gründen



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

inakzeptabel und gegebenenfalls aufgrund der niedrigen Wasserhöhe gar nicht möglich.

Waschbecken in den Klassenräumen fehlen mittlerweile, da die Notwendigkeit, Tafelschwämme auszuwaschen, aufgrund der Digitalisierung nicht mehr besteht.

Nicht nur wegen der steigenden Temperaturen ist die Sicherstellung einer ausreichenden Trinkwasserversorgung notwendig. Mangelnde Flüssigkeitsaufnahme führt auch zu gesundheitlichen Problemen wie Konzentrationsmangel, Kopfschmerzen und zu Kreislaufproblemen.

Weitere Effekte können die Einschränkung des Konsums zuckerhaltiger Getränke sein sowie die Reduzierung der Plastikmüllmengen. Die Reduzierung des Gewichts in den Taschen durch die Verwendung von auffüllbaren Getränkeflaschen stellt eine Erleichterung für die Lernenden und Schulbeschäftigten dar.

Die Kosten für die vier Trinkbrunnen belaufen sich auf ca. 12.000 Euro pro Brunnen. Die Kosten für die Wasserqualitätsprüfung und Wartung betragen für alle vier Brunnen ca. 2.500 Euro im Jahr.

Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)

Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)

gez. Renate Steiner
Kreistagsabgeordnete
(GRÜNE)

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

AI4Schools

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützte Projekt AI4School an den kreiseigenen Schulen wahlweise für Lehrerinnen und Lehrer oder/und für die Schülerinnen und Schüler anzubieten. Hierfür werden Mittel in Höhe von 10.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Begründung

Künstliche Intelligenz in die Schulen bringen – das ist das Ziel von AI4Schools. Durchgeführt wird das Bildungsprojekt durch die Fraunhofer-Allianz Big Data und Künstliche Intelligenz, die Roberta®-Initiative des Fraunhofer-Instituts für Intelligente Analyse- und Informationssysteme IAIS und das Lamarr-Institut für Maschinelles Lernen und Künstliche Intelligenz. Es richtet sich sowohl an Schülerinnen und Schüler als auch an Lehrkräfte.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Die Bedeutung von KI ist enorm. Umso wichtiger ist es, dass die jüngere Generation auch in den Schulen mit diesem Thema konfrontiert wird und einen angemessenen Umgang erlernt. Aber auch für die Lehrerinnen und Lehrer ist es wichtig, dass sie bei den rasant fortschreitenden Entwicklungen in diesem Bereich immer auf dem aktuellen Stand sind und mit den Schülern mithalten können. Deswegen ist Ziel dieses Antrags, das Projekt AI4School an die kreiseigenen Schulen zu bringen und dort anzubieten. Bei einer Teilnahmegebühr der AI4Teachers-Fortbildung von 5000 Euro pro Schulung und einer AI4Students-Durchführung von 2500 Euro sollen hierfür zunächst 10.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Medienkompetenzkurse für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten, Medienkompetenzkurse für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu entwickeln und anzubieten. Hierbei sollen insbesondere das Medienzentrum und das TZG für eine Umsetzung angesprochen werden. Hierfür sollen Mittel in Höhe von 10.000 Euro in den Kreishaushalt eingestellt werden.

Begründung

Die heutige Rentnergeneration hat den Nachteil gegenüber der Jugend gehabt, dass sie nicht mit Internet, KI und neuen Medien aufgewachsen sind und so wie selbstverständlich den Umgang mit diesen Medien erlernt haben. Entsprechend tut sich diese Generation oft schwerer, sich im Internet zurecht zu finden. Auf der anderen Seite nehmen die Onlineangebote immer weiter zu und gleichzeitig werden analoge Angebote immer weiter abgebaut. Dies nimmt dieser Generation Möglichkeiten der Teilhabe oder sie sind fortlaufend auf die Hilfe Jüngerer angewiesen. Aus diesem Grund sind mehr Angebote erforderlich, die den Umgang mit Internet und neuen Medien

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

schulen. Die meisten Schulungsangebote sind aktuell auf die Fortbildung von Mitarbeitern von Unternehmen zugeschnitten. Ein Bedarf bei der älteren Generation für Schulungen in Alltagsdingen ist deswegen gegeben. Für die Umsetzung bietet sich eine Zusammenarbeit mit Medienzentrum oder TZG an.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Digitalisierung des Kreismuseums zur Kosteneinsparung bei gleichzeitiger Erhaltung des kulturellen Angebots

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Wir beantragen die Prüfung und Umsetzung der Digitalisierung des Kreismuseums, um langfristige Kosteneinsparungen zu realisieren und trotzdem das kulturelle Angebot nachhaltig zu sichern. Dafür sollen 10.000 Euro in den Kreishaushalt eingestellt werden.

Begründung

Das Kreismuseum in Zons ist ein wesentlicher Bestandteil unserer kulturellen Identität und Bildungslandschaft. Angesichts der finanziellen Herausforderungen, vor denen kommunale Haushalte stehen, ist es von größter Bedeutung, innovative Wege zu finden, um die Kulturfinanzierung effizienter zu gestalten und gleichzeitig das Angebot für die Öffentlichkeit zu erhalten und zugänglich zu machen.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Die Digitalisierung des Museumsangebots bietet zahlreiche Vorteile:

- **Kosteneinsparungen:** Durch die Digitalisierung können signifikante Einsparungen bei den Betriebskosten erzielt werden, insbesondere im Hinblick auf die physische Erhaltung, Sicherheit und Präsentation der Exponate.
- **Erweiterung des Zugangs:** Eine digitale Sammlung ist weltweit zugänglich, was die Reichweite des Museums erweitert und es Menschen ermöglicht, unabhängig von ihrem physischen Standort auf die kulturellen Schätze zuzugreifen.
- **Interaktive Bildungsangebote:** Digitale Technologien ermöglichen die Entwicklung interaktiver Bildungsprogramme, die besonders junge Menschen ansprechen und das Interesse an lokaler Geschichte und Kultur fördern können.
- **Nachhaltigkeit:** Die digitale Präsentation von Sammlungen ist eine umweltfreundliche Alternative, die den Bedarf an physischen Ressourcen reduziert.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Kreismusikschule: Erwerb von Musikinstrumenten

Sehr geehrter Herr Schmitz

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen die Unterstützung der Kreismusikschule beim Erwerb benötigter Musikinstrumente durch Haushaltsmittel in Höhe von 4.500 Euro für das Jahr 2024.

Begründung

Die Kreismusikschule plant die Anschaffung von Instrumenten zur Ausbildung ihrer Schülerinnen und Schüler. Hierbei handelt es sich um eine Bassflöte, eine Harfe sowie eine große Trommel. Die Gesamtkosten für den Erwerb liegt nach Aussage der Leitung der Schule bei 11.500 Euro. Die Musikschule will 4.000 Euro aus Eigenmitteln finanzieren, der Förderverein kann 3.000 Euro bereitstellen.

Angesichts des qualitativ hochwertigen Angebotes der Kreismusikschule für ihre Schülerinnen und Schüler, sowie angesichts der Tatsache, dass die Leitung durch Eigenleistung und Engagement die Betriebskosten der Schule für den Träger jährlich um einen signifikanten Anteil senken kann, beantragen unsere Fraktionen die finanzielle Unterstützung des von der Schule angestrebten Erwerbs.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Digitalplattform Kultur für den Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrter Herr Schmitz

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen die Einstellung von Mitteln in Höhe von 100.000 Euro in den Kreishaushalt 2024 zur Finanzierung der Einrichtung einer Digitalplattform Kultur.

Als Anschubfinanzierung sollen hierbei die bereits im März 2022 beantragten 10.000 Euro für die Erstellung eines Bildbandes Corona-Helfer dienen.

Die Wartung und Pflege der Plattform soll durch die für die Sitzung des Personalausschusses am 04. März 2024 beantragte Schaffung einer halben Planstelle sichergestellt werden.

Begründung

Die Entwicklung und Einführung einer Digitalplattform, die die kulturellen Institutionen, als auch die Kulturschaffenden mit den Kulturinteressierten im Rhein-Kreis Neuss vernetzt, ist eine der Maßnahmen des interkommunalen Kulturentwicklungsplans,

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

welche sich zeitnah umsetzen lässt und dabei einen erkennbaren Mehrwert für alle Beteiligten im Bereich Kultur erbringen kann.

Die Einrichtung einer intelligent vernetzten Plattform, die eine stets aktuelle Verbindung zu weiteren Internetpräsenzen und Kulturkalendern schafft, bedarf einer intensiven Pflege. Daher erfolgte parallel zur Einrichtung der Plattform gleichsam die Beantragung der Schaffung einer halben Planstelle zur Sitzung des Personalausschusses am 04.03.2024.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Rhein-Kreis Neuss
Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

Donnerstag, 22. Februar 2024

Antrag für den Finanzausschuss am 5.3.2024:

Haushaltsantrag zur weiteren Umsetzung des Interkommunalen Kulturentwicklungsplans

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/Die GRÜNEN und SPD bitten um Berücksichtigung des nachstehenden Antrags in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses.

Beschlussempfehlung:

Für die weitere Umsetzung des Interkommunalen Kulturentwicklungsplans mit dem Schwerpunkt **kreisweite digitale Kulturplattform** werden 100.000 Euro für das Jahr 2024 bereitgestellt.

Begründung:

Im Kulturausschuss am 19.6.2023 wurde der Sachstandsbericht zur Umsetzung des Interkommunalen Kulturentwicklungsplans vorgestellt. Punkt 1. betonte die Notwendigkeit einer kreisweiten digitalen Plattform. Konditionen wurden geprüft und ein Sondierungsgespräch fand statt. Eine Netzerkennung zwischen Kulturverwaltung und Kulturschaffenden kann unserer Ansicht nach nur damit funktionieren. Die Auftaktveranstaltung „Netzwerk Kunst“ fand am 28.8.2023 unter der Organisation des Kulturamtes Korschenbroich im Sandbauernhof in Liedberg statt. Am 5.2.2024 gibt es die nächste Veranstaltung in Grevenbroich. Diese – und alle anderen Termine, bedürfen einer guten Erreichbarkeit für alle KünstlerInnen und Kunstinteressierte. In



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

der Stadt Kaarst gibt es eine digitale Plattform, mit Namen KulturForum Kaarst, dass - wenn auch in kleinerem Format ein Beispiel sein könnte.

Im Haushalt 2024 (Produktbereich 040, Produkt 040.281.011, 52911330, Seite 318) steht unter Ansatz 2024 eine Null. Erst 2025, 2026 und 2027 sind je 30000 Euro eingestellt. Wir sind sehr zuversichtlich, dass die zügige Entwicklung und Etablierung der kreisweiten digitalen Plattform einen immensen Mehrwert für alle Menschen und die Kultur im Rhein-Kreis Neuss bedeutet.

Mit freundlichen Grüßen,

Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)

Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)

gez. Marianne Michael-Fränzel
Kreistagsabgeordnete
(GRÜNE)

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

26. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Politische Bildungsarbeit unterstützen – Gedenkstättenfahrten fördern

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rhein-Kreis Neuss beschließt ein Förderprogramm um Gedenkstätten- und Erinnerungsfahrten, die durch Verbände, Vereine und Einrichtungen im Rhein-Kreis Neuss angeboten werden, mit einem Zuschuss in Höhe von 50 Prozent der Kosten – maximal 500 Euro – zu unterstützen.

Ziel ist es, die politische Bildungsarbeit im Rhein-Kreis Neuss zu stärken und insbesondere ehrenamtliches Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rhein-Kreis Neuss zu fördern.

Zunächst werden im Haushaltsjahr 2024 30.000 Euro bereitgestellt.

Nach einer einjährigen Erprobungsphase ist dem Kreistag zu berichten, wie das Unterstützungsangebot angenommen worden ist und zu prüfen, ob die Mittel ggf. verstetigt oder erhöht werden.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob weitere Haushaltsmittel notwendig sind, um die vom Kreistag in seiner Sitzung am 28. Dezember 2008 im Zusammenhang mit der verabschiedeten Resolution „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rhein-Kreis Neuss“ (Sitzungsvorlage-Nr. 010/492/2008) beschlossenen Maßnahmen zu aktualisieren und entsprechend umzusetzen. Die seinerzeit verabschiedete Resolution wird bekräftigt.

Begründung:

Die Erinnerung an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte zwischen 1933 und 1945 ist essenziell für die Grundwerte der deutschen Demokratie. Sie erinnert uns, wie wichtig die im

Grundgesetz festgeschriebenen Werte für unser Zusammenleben sind und welches Leid und Elend der Nationalsozialismus über ganz Europa gebracht hat.

Nicht zuletzt die Recherchen von Correctiv haben gezeigt, dass unser Zusammenleben und unser Wertekompass durch rechtsextremistische und faschistische Bewegungen und Parteien gefährdet werden. Die Recherchen haben aufgedeckt, dass politische Funktionär*innen der AfD, Vertreter*innen der rechtsextremen Identitären Bewegung und weitere einflussreiche Geldgeber*innen über Pläne der sogenannten Remigration beraten haben. Remigration bedeutet in diesem Kontext die massenhafte Ausweisung von über 20 Millionen Migrant*innen und auch deutschen Staatsbürger*innen, die in Deutschland zu Hause sind.

Als unmittelbare Reaktion folgten zahlreiche große Demonstrationen der Zivilgesellschaft in der gesamten Bundesrepublik – auch im Rhein-Kreis-Neuss, die weiterhin stattfinden.

Es braucht eine klare, gemeinsame politische Ächtung und Benennung der unsäglichen rechtsradikalen Bestrebungen, die sich durch unsere gesamte Gesellschaft – Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Religionsgemeinschaften, Vereine, Verbände und Politik - zieht: Nie wieder ist jetzt!

Dazu gehört es, dass wir unsere Geschichte kennen und uns unserer historisch gewachsenen Verantwortung bewusst sind. Heute können kaum noch Zeitzeugen aus der Zeit des Nationalsozialismus berichten. Vor diesem Hintergrund wird es immer wichtiger, Gedenkstätten und Erinnerungsorte aufzusuchen, um dort die Konsequenzen einer faschistischen, rechtsextremen und rassistischen Ideologie zu vermitteln. Daher gilt es, politische Bildungsarbeit – auch außerhalb des schulischen Raumes¹ – zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)



Christina Borggräfe
stv. Landrätin (SPD)

¹ <https://www.schulministerium.nrw/foerdermoeglichkeiten-fuer-schulische-gedenkstaettenfahrten>



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Rhein-Kreises Neuss
Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

Donnerstag, 22. Februar 2024

Antrag für den Finanzausschuss am 5.3.2024:

Durchführung einer Fachtagung zu dem Thema „Ausweitung der Unterbringung von Frauen in Konfliktsituationen“

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Kreistagsfraktionen von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN und SPD bitten um Berücksichtigung des nachstehenden Antrags in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses.

Beschlussempfehlung:

Für die Durchführung einer Fachtagung zu dem Thema „Ausweitung der Unterbringung von Frauen in Konfliktsituationen“ werden 10.000 Euro in den Haushalt 2024 eingestellt.

Begründung:

Immer mehr Frauen mit unterschiedlichen Bedürfnissen müssen in Konfliktsituationen untergebracht werden.

Folgende Themen und Fragestellungen sollen bei der Tagung berücksichtigt und Ziele daraus festgelegt werden:

- Wie können schatzsuchende Frauen in Konfliktsituationen besser unterstützt werden?



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

- Können die Kapazitäten der Unterbringung bis 2025 im Kreisgebiet erhöht werden?

Dabei sollen die Kapazitäten zur Unterbringung von Frauen in Konfliktsituation nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ in den Blick genommen werden.

Dazu gehört z.B.

- Ob es für Frauen mit einer körperlichen Behinderung möglich ist, im Rhein-Kreis Neuss Zuflucht und eine barrierefreie Unterbringung zu finden?
- Ob Frauen mit älteren Kindern/Jugendlichen und auch männlichen Jugendlichen angemessene Räumlichkeiten vorfinden?
- Ob Bedarfe, die sich aus unserer interkulturellen Gesellschaft ergeben, ausreichend berücksichtigt werden?

Bei der Fachtagung soll die Vielfalt der örtlichen Träger beteiligt und in den Prozess mit einbezogen werden.

Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)

Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)

Angela Stein-Ulrich
Kreistagsabgeordnete
(GRÜNE)



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Rhein-Kreises Neuss
Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

Donnerstag, 22. Februar 2024

Antrag für den Finanzausschuss am 5.3.2024:

Durchführung einer Fachtagung zum Thema „Unterstützung für Kinder psychisch kranker Eltern im Rhein-Kreis Neuss“

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Kreistagsfraktionen von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN und SPD bitten um Berücksichtigung des nachstehenden Antrags in der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024.

Beschlussempfehlung:

Für die Durchführung einer Fachtagung zum Thema „Unterstützung für Kinder psychisch kranker Eltern im Rhein-Kreis Neuss“ werden 10.000 Euro in den Haushalt 2024 eingestellt.

Begründung:

Kinder psychisch erkrankter Eltern sind starken Belastungen ausgesetzt. Sie haben ein hohes Risiko, mit Entwicklungsauffälligkeiten oder durch eigenen psychischen Erkrankungen zu reagieren. Nach Schätzungen leben aktuell ca. 25% aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland mit einem psychisch erkrankten Elternteil zusammen.



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

Die Bedrohung durch die Kriege verschärfen diese Situation zusätzlich. Neben konkreten, einzelfallbezogenen Hilfen benötigen Kinder psychisch erkrankter Eltern und ihre Familien Angebote und Zugang zu präventiven, niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten, die Entlastung schaffen und die Resilienz der Kinder und Jugendlichen stärken.

Ziel der Fachtagung soll neben der Information zu psychischen Erkrankungen und deren Auswirkungen auf betroffene Familiensysteme, daher vor allem die Vernetzung und der interdisziplinäre Austausch von Akteuren aus verschiedenen Hilfesystemen, Verwaltung und Politik sowie die Entwicklung struktureller Gelingensbedingungen für den RKN sein.

Mit freundlichen Grüßen,

Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)

Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)

Angela Stein-Ulrich
Kreistagsabgeordnete
(GRÜNE)

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Projektbezogene Unterstützung des Berufsförderungszentrum Schlicherum e.V

Sehr geehrter Herr Schmitz

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen die Einstellung von Mitteln in Höhen von 100.000 Euro zur projektbezogenen Unterstützung des Berufsförderungszentrums Schlicherum e.V. (BFZ Schlicherum) zur Ausweitung der Schulungs- und Vermittlungsangebotes für Schülerinnen und Schüler.

Begründung

Der Fachkräftemangel hat 2023 auch im Rhein-Kreis Neuss nochmals an Bedeutung gewonnen. Derzeit beklagen rund 52 Prozent der regionalen Unternehmen (+2 Punkte), dass der Mangel an qualifizierten Mitarbeitern die Wachstums- und Entwicklungschancen des eigenen Unternehmens behindert (Mittelstandsbarometer Rhein-Kreis Neuss 2023, Rhein-Kreis Neuss, 06.09.2023).

Im Austausch mit dem Geschäftsführer des Berufsförderungszentrums Schlicherum, Michael Stork, konnten unsere Fraktionen aus dieser Situation folgende Handlungsansätze herausarbeiten:

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

- Betriebe unterstützen, die Fachkräfte von Morgen zu finden und erfolgreich auszubilden.
- Schulabgängern, insbesondere mit Förderbedarf, helfen, den Weg in eine geeignete Ausbildung zu finden und diese erfolgreich zu gestalten.
- Vorhandene Potentiale, z.B. über eine verstärkte Inklusion, besser zu nutzen.
- Bestehende Ausbildungsverhältnisse absichern und Abbrüche zu verhindern.

Auf der Veranstaltung „Fachkräfteentwicklung in der Region Mittlerer Niederrhein – vernetzte Bildungsräume“, gemeinsam ausgerichtet von der Regionalagentur Mittlerer Niederrhein, der Bundesagentur für Arbeit, den Jobcentern der Region, dem MAGS und der IHK Mittlerer Niederrhein, warb Elmar te Neues, Präsident der IHK Mittlerer Niederrhein, für den aus seiner Sicht wichtigsten Lösungsansatz: „Ausbilden, ausbilden, ausbilden!“

Fast die Hälfte der regionalen Unternehmen bieten im Sommer 2023 Ausbildungsplätze an (44 Prozent). Die Suche nach passenden Auszubildenden erweist sich jedoch scheinbar immer schwieriger. Nur etwa zwei Drittel der Betriebe geben an, alle Ausbildungsplätze bereits besetzt zu haben (63 Prozent). Bundesweit betrug die Besetzungsquote laut einer DIHK-Studie vom Juni 2023 rund 53 Prozent.

Auf der oben genannten Veranstaltung hat Reinhard Völzke, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, den anwesenden Bildungsträgern zur Verbesserung dieser Situation vorgeschlagen, in den Betrieben zu erfragen, welche Bedarfe sie sehen und daraus entsprechende Angebote zur Unterstützung zu entwickeln.

Das BFZ Schlicherum hat diesen Vorschlag gerne aufgenommen.

Seit September 2023 evaluiert das BFZ Schlicherum mit finanzieller Unterstützung durch den Rhein-Kreis Neuss die Ausbildungssituation, Ausbildungsbedarfe und Unterstützungsbedarfe heimischer Betriebe mit der Hilfe von Interviews.

Parallel hierzu haben auch Gespräche mit weiteren Netzwerkpartnern, wie den Gemeinnützigen Werkstätten Neuss (GWN), allgemeinbildenden Schulen und Berufskollegs stattgefunden.

Aus den bisher vorliegenden Ergebnissen hat das BFZ Schlicherum mehrere Handlungsstränge entworfen, die 2024 umgesetzt werden sollen.

A) Kooperation mit den Gemeinnützigen Werkstätten Neuss (GWN)

Zwischen GWN und BFZ Schlicherum besteht Einigkeit über eine Kooperation im Bereich der Qualifizierung der Teilnehmenden am Berufsbildungsbereich der GWN bzw. Mitarbeitende des Werkstattbereichs.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Die GWN haben Bedarf an personellen und räumlichen Kapazitäten zur Vermittlung von Qualifizierungsbausteinen an Teilnehmende des Berufsbildungsbereichs und an Mitarbeitende im Werkstattbereich.

Die Vermittlung von Qualifizierungsbausteinen ist Inhalt der beruflichen Qualifizierung und verfolgt das Ziel den Teilnehmenden zur beruflichen Handlungsfähigkeit zu verhelfen.

Die damit verbundene weitergehende Qualifizierung im Berufsbildungsbereich unterstützt wiederum die Möglichkeit der Jugendlichen im Anschluss in eine betriebliche Ausbildung oder in eine Arbeitsstelle zu wechseln.

Diese Kapazitäten sind im BFZ Schlicherum vorhanden. Das BFZ Schlicherum besitzt Erfahrung in der Vermittlung von Qualifizierungsbausteinen mit der Zielgruppe.

B) Akquise zusätzlicher Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung und Betreuung während der Ausbildung

Die durchgeführten Befragungen zeigen eine hohe Bereitschaft von Seiten der Betriebe, Menschen mit Behinderung auszubilden.

Das BFZ Schlicherum möchte mit Hilfe der Netzwerkpartner wie dem Integrationsfachdienst, den Allgemeinbildenden Schulen, den Berufskollegs sowie der Bundesagentur für Arbeit das Matching zwischen Betrieb und Azubi verbessern und ggf. Einstiegsqualifizierungen (EQ) einleiten.

In den allermeisten Betrieben liegt die für die Ausbildung von Menschen mit Behinderung notwendige Rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation für AusbilderInnen (ReZA) nicht vor. In diesem Fall darf die ReZA durch einen Dritten geleistet werden.

Daher bietet das BFZ Schlicherum den Betrieben an, die Betreuung der Azubis im Rahmen der ReZA während der Ausbildung zu übernehmen, wenn diese im Betrieb nicht vorliegt.

Nach den Vorgaben der Landwirtschaftskammer NRW oder der DIHK können durch einen Mitarbeitenden des BFZ Schlicherum bis zu 10 Azubis im Rahmen der ReZA betreut werden.

C) Zusammenarbeit mit Betrieben rund um Ausbildung

Die im letzten Quartal 2023 mit heimischen Betrieben geführten Gespräche zur Ausbildungssituation zeigen konkrete Unterstützungsbedarfe der Betriebe.

Angefangen beim Recruiting, bei der Durchführung von Einstiegsqualifizierungen (EQ), über eine Unterstützung während der Ausbildung (fachtheoretisch, fachpraktisch, Prüfungsvorbereitung, pädagogisch), bis hin zu Verbundausbildungen (unter Beteiligung des BFZ Schlicherum oder mit dem BFZ als Organisator von Verbünden).

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Durch das Netzwerk in die allgemeinbildenden Schulen und die Berufskollegs im Rhein-Kreis Neuss auf der einen Seite und zu ausbildungswilligen Betrieben auf der anderen Seite kann das BFZ Schlicherum zu einer zielgerichteten Besetzung von Ausbildungsplätzen beitragen.

Zur fachpraktischen Unterstützung kann das BFZ die Fachbereiche Metallbearbeitung, Küche / Hauswirtschaft, Garten- und Landschaftsbau, mit jeweils bis zu 12 Teilnehmerplätzen, sowie erfahrene Ausbilder zur Unterstützung der Betriebe und der Azubis einbringen.

Für die fachtheoretische / schulische Unterstützung und eine sozialpädagogische Unterstützung verfügt das BFZ Schlicherum über Lehrkräfte und Pädagogen.

Finanzierungsplan

Kosten 2024:

Der größte Anteil der Kosten ergibt sich aus Personalkosten für die eingesetzten Mitarbeitenden:

Projektleitung / Koordination 0,5 VZÄ

Diese Position soll neben der notwendigen Koordination in den Handlungsfeldern insbesondere der Netzwerkarbeit und der Öffentlichkeitsarbeit zur weitere Werbung von möglichen Kooperationspartnern zum Auf- / Ausbau der genannten Betätigungsfelder dienen.

Ausbilder / Lehrkraft / Sozialpädagoge 2,4 VZÄ

Durchführung der einzelnen Module.

Weitere Kosten entstehen aus Sachkosten und Gemeinkosten.

Sachkosten der Stelle beinhalten anteilige Miet- und Mietnebenkosten, sowie unter anderem entstehende Fahrtkosten der Mitarbeitenden, Verbrauchsmaterialien und Büromaterial.

In den Gemeinkosten werden Kosten des Trägers anteilig abgerechnet, die für den Gesamtbetrieb notwendig sind und damit auch in der Durchführung der beschriebenen Handlungsfelder eingesetzt werden. Hierunter fallen z.B. Gehaltskosten für Geschäftsführung und Verwaltung, externe Finanz- und Personalbuchhaltung, Telefonanschluss, -anlage, Gesprächsgebühren, Internetanschluss, EDV-Kosten, Leasing Kopierer, Versicherungen, Arbeitssicherheit, Öffentlichkeitsarbeit, Instandhaltungskosten.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Daraus ergeben sich für die Umsetzung der genannten Angebote 2024 folgende Gesamtkosten:

Personalkosten für 2,9 VZÄ	137.000,- €
Sachkosten	26.000,- €
Gemeinkosten	25.000,- €
	<u>188.000,- €</u>

Finanzierung 2024:

In allen Handlungsfeldern verfolgt das BZF Schlicherum den Ansatz, dass die jeweiligen Partner die anteiligen Kosten pro teilnehmende Person übernehmen, so dass die Projekte sich bei entsprechender Auslastung selbst auf Dauer tragen. In den bisher geführten Gesprächen äußern die möglichen Kooperationspartnern sich positiv zu diesem Ansatz.

In der Aufbauphase 2024 ist ein entsprechender Umfang noch nicht zu erreichen. Daher ist das BFZ Schlicherum als gemeinnütziger Verein für die Durchführung dieses Vorhabens dringend auf Partner und Förderer angewiesen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Einrichtung an uns mit der Bitte um eine Anschubfinanzierung des Projekts im Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 100.000 Euro gewandt.

I

m Fall eines positiven Bescheids ergibt sich die folgende Finanzierung:

Einnahmen aus Kooperation GWN	
und weitere Partner sowie Eigenmittel	88.000,- €
Beantragte Zuwendung RKN	100.000,- €
	<u>188.000,- €</u>

Durch die Gewährung dieser Zuwendung könnte sich das BFZ Schlicherum gezielt für einen weiteren Kreis von Menschen mit Förderbedarf einbringen und die Arbeit in der

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Berufshilfe in der seit vielen Jahren bewährten Qualität durchführen und nachhaltig gestalten.

Nähere Informationen zum Berufsförderungszentrum Schlicherum e.V. und zur geleisteten Arbeit können dem Internetauftritt unter www.bfz-schlicherum.de entnommen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Netzwerk von ehrenamtlichen Pflegebegleiter*innen

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Kreistagsfraktionen von **SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Netzwerk von ehrenamtlichen Pflegebegleiter*innen zur Unterstützung und Begleitung pflegender Angehöriger im Rhein-Kreis Neuss aufzubauen, zu koordinieren, sowie die gewonnenen Ehrenamtlichen in diesem Arbeitsfeld zu qualifizieren, um für die pflegenden Menschen in ihren schwierigen und zum Teil emotional stark fordernden Situationen eine Hilfestellung zu sein.

Hierzu sollen insbesondere bestehende Netzwerke und bereits aktive Einrichtungen im Rhein-Kreis Neuss – etwa Pflege- und Hospizdienste – gestärkt und in ihrem Engagement unterstützt werden.

Damit das Projekt auf den Weg gebracht werden kann, werden im Haushalt 30.000 Euro veranschlagt. Damit sollen die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit zur Gewinnung und zur Schulung der Ehrenamtlichen sowie eine kleine Aufwandsentschädigung finanziert werden.

Begründung:

Die Pflege und Betreuung eines Menschen ist eine große Herausforderung. Bundesweite Umfragen und Studien weisen darauf hin, dass sorgende und pflegende Angehörige den größten „Betreuungs- und Pflegedienst“ im Gesamtkomplex Pflege darstellen. Sie leisten mit ihrer Arbeit einen großen Beitrag zu unserem Gemeinwohl.

Allerdings ist die Übernahme dieser Arbeit meist keine bewusste Entscheidung, sondern ein schleichender Prozess. Nach und nach wächst der Hilfebedarf und die Angehörigen übernehmen immer mehr Aufgaben, häufig ohne über die vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten hinreichend informiert zu sein.

So kommt es dann immer wieder zur Überlastung der Angehörigen, gerade wenn Beruf und Pflege miteinander vereinbart werden müssen oder die pflegende Person selbst schon unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen leidet.

Mit dem heute von uns beantragten Aufbau eines Netzwerkes von ehrenamtlichen Pflegebegleiter*innen wollen wir das bestehende, gute Informations- und Beratungsangebot um einen weiteren Baustein erweitern.

Ziel ist es, die Pflegenden auch direkt emotional zu stärken, um eine Überbelastung zu vermeiden. So soll die Tätigkeit der Freiwilligen darauf gerichtet sein, ein „offenes Ohr“ für all diejenigen zu haben, die sich im häuslichen Kontext privat um Hilfs- und Pflegebedürftige kümmern. Sie sollen vor Ort mit ihnen Entlastungsmöglichkeiten erörtern, beispielsweise wie Pflege auf mehrere Schultern verteilt werden kann, Verbindungen mit anderen Helfer*innen knüpfen oder einfach als Ansprechpartner*in da sein.

Vorliegende Zahlen lassen hierzu einen erhöhten Bedarf vermuten:

- Laut Auskunft der Kreisverwaltung stehen auf den Wartelisten der beiden stationären Hospizeinrichtungen im Rhein-Kreis Neuss etwa 50 bis 60 Personen.
- Die im Ausschuss für Soziales und Wohnen beratene „Verbindliche Bedarfsplanung 2024“ weist derzeit noch eine weitgehende Deckung der Nachfrage aus, zugleich aber einen bis 2040 stetig wachsenden Bedarf an Pflegeplätzen. Mit Blick auf heutige Kapazitäten zeichnet sich eine größer werdende Unterdeckung ab. Darüber hinaus stehen schon jetzt baulich vorhandene Plätze aufgrund fehlender Pflegekräfte nicht zur Verfügung.

Hinter jedem Namen auf einer Warteliste stehen pflegende Angehörige, die unter größten Anstrengungen und Belastungen die Versorgung eines Menschen übernehmen. Deshalb wäre ein solches ehrenamtliches Netzwerk aus unserer Sicht ein sinnvolles Projekt, um diese Menschen individuell in ihrer wertvollen Tätigkeit zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)

Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)

Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Workshop Barrierefreiheit und Inklusion

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- Für die Durchführung eines Workshops zu den Themen „Barrierefreiheit und Aufgaben eines Inklusionsbeauftragten“ mit dem Schwerpunkt „Inklusion für Menschen mit Behinderung“ werden 10.000 Euro in den Haushalt 2024 eingestellt.

Begründung:

Für Menschen mit Behinderung gibt es zu viele Barrieren. Die Bereiche sind vielfältig und die Notwendigkeit von Barrierefreiheit muss bei jedem Akteur in der Kommunalpolitik verankert werden. Bei jeder Entscheidung muss für diesen Bereich eine Sensibilität entstehen.

In dem Workshop sollen ferner Handlungsfelder für einen Beauftragten für Inklusion mit dem hauptsächlichen Schwerpunkt „für Menschen mit Behinderung“ aufgezeigt und erarbeitet werden.

Um die Begrifflichkeiten für den Rhein-Kreis Neuss zu definieren, die Handlungsräume zu priorisieren und ein deutliches Zeichen für die Bereitschaft zur Barrierefreiheit zu setzen, soll ein Workshop von der Verwaltung im Jahr 2024 organisiert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender (SPD)



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende (GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender (GRÜNE)



Sabine Kühl
stv. Fraktionsvorsitzende (SPD)

Janis Bonn
Sachkundiger Bürger (GRÜNE)



Gunter Schillings
Sachkundiger Bürger (SPD)

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Optimierung der Integrationsbemühungen durch digitalen Sprachunterricht

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Um Migranten noch schneller, gezielter und effizienter bei uns im Rhein-Kreis Neuss zu integrieren, beauftragen wir die Kreisverwaltung mit der Evaluierung und möglichen Implementierung eines digitalen Sprachunterrichtsprogramms für Migranten durch den Einsatz von Apps und Online-Kursen. Hierfür sollen 10.000 Euro in den Kreishaushalt eingestellt werden.

Begründung

Die Integration von Migranten stellt eine unserer größten gesellschaftlichen Herausforderungen dar. Die erfolgreiche Eingliederung in Arbeitsmarkt und Gesellschaft ist oft direkt an die Sprachkompetenz gebunden. Es ist unerlässlich, dass Integrationsmaßnahmen nicht nur effektiv, sondern auch effizient sind, um Ressourcen sinnvoll einzusetzen und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Die Einrichtung eines digitalen Sprachunterrichts bietet eine Reihe von Vorteilen, die traditionelle Methoden ergänzen und verbessern können. Dazu zählen:

- **Effizienzsteigerung:** Durch den Einsatz digitaler Medien können Ressourcen gezielter und kostensparender eingesetzt werden.
- **Erhöhte Reichweite:** Die digitale Bereitstellung ermöglicht es, eine größere Anzahl von Migranten zu erreichen, insbesondere in abgelegenen Gebieten.
- **Messbarkeit des Erfolgs:** Digitale Plattformen erlauben eine präzise Erfolgskontrolle und die Anpassung der Lehrinhalte an die Bedürfnisse und den Fortschritt der Lernenden.
- **Verantwortung und Engagement:** Die Möglichkeit, selbstgesteuert und eigenverantwortlich zu lernen, fördert das Engagement und die Eigeninitiative der Migranten.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

50.1	50.2	50.3 50.3.1	50.4
Kople	Rhein-Kreis Neuss		50.5.1
Wv.	13. Feb. 2024 50 - Sozialamt		50.5.2
z.d.A.	b. R.	z.w.V.	z.K., z.SN



Caritas Sozialdienste
Rhein-Kreis Neuss GmbH

Abteilung Finanzen,
Zuschusswesen

Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH
Montanusstraße 40 · 41515 Grevenbroich

Rhein-Kreis Neuss
50 Sozialamt
50.5 Kommunales Integrationszentrum
Herrn Mateo Arbeiter
Lindenstr. 10
41515 Grevenbroich



Montanusstraße 40
41515 Grevenbroich
Tel: 02181 238-00
Fax: 02181 238-112
info@caritas-neuss.de
www.caritas-neuss.de

Bank: Sparkasse Neuss
IBAN: DE22 3055 0000 0044 1086 52

Bearbeiter: Günter Müller
Durchwahl: 02181 / 238-142
guenter.mueller@caritas-neuss.de

Unser Zeichen: 25.50 Mü

Datum: 06.02.2024
Verwendungszweck: KTR430200

Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für den Bereich Integration von Migranten für das Haushaltsjahr 2024

Sehr geehrter Herr Arbeiter,

anbei senden wir Ihnen den o. g. Antrag auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 220.942,00 €, was einer Steigerung von 11,50 % entspricht.

Begründung:

- In den Jahren 2009 und 2010 wurde jeweils ein Zuschuss in Höhe von 233.435,95 € gewährt
- Im Jahr 2011 wurde nur noch ein Zuschuss in Höhe von 198.154,27 € gewährt.
- Seit dem Jahr 2011 wurde der Zuschuss trotz jährlicher Tarifsteigerungen nicht erhöht, seit dem Jahr 2019 beträgt der jährliche Zuschuss 198.154,00 €.
- In den für uns gültigen Tarifbedingungen in den Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen der Caritas für die Sozialarbeiter_innen (überwiegend in den Entgeltgruppen 11 B und 12) wurde folgendes vereinbart:
- 180,00 € Zulage pro Vollzeitstelle monatlich ab 01.01.2023

+ Tarifierhöhung bestehend aus:

- 1.500,00 € Inflationsausgleichsprämie pro Vollzeitstelle am 30.06.2023
- 1.500,00 € Inflationsausgleichsprämie pro Vollzeitstelle am 30.06.2024
- Tarifierhöhung ab 01.03.2024 = Sockelbetrag 200,00 € + 5,5 % Tarifierhöhung aus der Summe Gehalt + Sockelbetrag, jedoch mindestens 340,00 € Tarifierhöhung.

Die genannten tariflichen Veränderungen im Haushaltsjahr 2014 entsprechen der beantragten Erhöhung von 11,50 %.

Zu berücksichtigen sind auch die jährlichen Preissteigerungen insbesondere im Energiebereich (Strom, Gas, etc.).

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie unseren Antrag bewilligen würden.



Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Inderfurth
Geschäftsführer

Anlage

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Drogenprävention

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- Bereitstellung von Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Rahmen der Drogenberatung, Prävention von Drogenmissbrauch und -konsum.
 - HH-Stelle (neu): 100.000 Euro

Begründung:

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Herausforderungen im Bereich Drogenprävention, -konsum und -beratung im Rhein-Kreis Neuss beantragen wir die Einrichtung einer Haushaltsstelle in Höhe von 100.000 Euro, um bei Bedarf eine Struktur für gezielte Maßnahmen zur Prävention von Drogenmissbrauch sowie zur Bereitstellung von Beratungs- und Unterstützungsleistungen zu ermöglichen.

Der bestehende Vertrag mit der Stadt Neuss läuft aus und wird zurzeit neu verhandelt.

Sollte es keine Einigung bei grundlegenden Themen (z. B. Drogenkonsumraum) geben, muss der Rhein-Kreis Neuss in der Lage sein, eigene Strukturen zu gestalten. Dies geht nur mit entsprechenden finanziellen Mitteln.

Die Drogenproblematik ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die auch unseren Kreis betrifft. Um frühzeitig Maßnahmen zu etablieren und Unterstützung für Betroffene bereitzustellen, ist es unerlässlich, in diesen Bereich zu investieren.

Die Einrichtung dieser Haushaltsstelle ist von entscheidender Bedeutung, um notwendige Maßnahmen zu intensivieren und den Betroffenen eine verlässliche Anlaufstelle für Beratung und Unterstützung zu bieten. Durch die Bereitstellung dieser finanziellen Ressourcen können wir dazu beitragen, das Bewusstsein für Drogenprävention zu stärken und aktiv zur Verbesserung der Situation im Rhein-Kreis Neuss beizutragen.

Wir bitten die Mitglieder des Kreistags, die Dringlichkeit dieser Maßnahme zu erkennen und die Einrichtung dieser Haushaltsstelle zu unterstützen, um die Drogenprävention und -beratung in unserem Kreis zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender (SPD)

Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende (GRÜNE)

Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender (GRÜNE)

Sabine Kühl
stv. Fraktionsvorsitzende (SPD)

Mathias Junggeburth
Gesundheitspolitischer Sprecher
(SPD)

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Effektivität und Reichweite der Drogenprävention und Bekämpfung der Drogenkriminalität erhöhen

Sehr geehrter Herr Schmitz

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten die Verwaltung um die Umsetzung folgender Punkte:

1. Klärung der Zuständigkeiten zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und der Stadt Neuss im Bereich der Drogenprävention und der Bekämpfung der Drogenkriminalität im Kreisgebiet.
2. Sofern die Klärung erfolgt ist und diese eine Federführung des Rhein-Kreises Neuss vorsieht, wird in Kooperation mit einem oder mehreren sozialen Trägern ein Konzept zur zielgerichteten Drogenprävention und Bekämpfung der Drogenkriminalität entwickelt.
3. Zum Zwecke der Konzeption und deren Umsetzung werden Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 Euro p.a., beginnend mit dem Kreishaushalt 2024, eingestellt.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Begründung

Nicht erst seit der sich zusehends verschärfenden Situation bezüglich des Verkaufs und Konsums illegaler Drogen rund um die Neusser Stadthalle befassen sich unsere Fraktionen intensiv mit der Frage, wie die Drogenpräventionsarbeit und die Bekämpfung der Drogenkriminalität effektiver gestaltet werden können.

Unsere Fraktionen haben die bislang geltende Vereinbarung zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und der Stadt Neuss zur Zusammenarbeit bei der Drogenhilfe aus dem Jahr 1995 stets als richtigen Ansatz erachtet. Gleichwohl haben sich die Herausforderungen in den genannten Aufgabengebieten seit Inkrafttreten der Vereinbarung deutlich erhöht und machen eine Anpassung der Strukturen unerlässlich. Dabei wollen wir den Fokus gezielt auf die präventive Arbeit zur Vermeidung der Drogensucht und ihrer Begleiterscheinungen legen.

Es ist daher unsere feste Überzeugung, dass durch die gezielte Zuweisung von Ressourcen und die Klärung der Zuständigkeiten signifikante Fortschritte erzielt werden können. Diesbezüglich ist die künftig klare Abgrenzung der Handlungsfelder zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und der Stadt Neuss im Bereich der Drogenprävention zu schaffen. Wir bitten die Verwaltung in diesem Zusammenhang schnellstmöglich und eindeutig die Frage zu klären, welche der beiden Behörden künftig federführend in der Drogenprävention tätig sein wird. Hier wünschen sich unsere Fraktionen eine führende Position des Kreises. Die Klärung dieser Thematik ist in Hinblick auf die Vermeidung von kostenintensiven und etwaig konterkariierend wirkenden Doppelstrukturen unvermeidbar und führt zu einer deutlichen Effizienzsteigerung.

Sofern die von uns beabsichtigte Einigung zwischen dem Kreis und der Stadt Neuss erzielt werden kann, schafft diese die Grundlage zur Erarbeitung eines umfassenden Konzepts zur Drogenprävention und Bekämpfung der Drogenkriminalität durch eine Kooperation des Kreises mit einem oder mehreren sozialen Trägern. Die kreisangehörigen Kommunen sollen hieran in Form von Arbeitskreisen eng beteiligt werden und hierzu um die Entsendung politischer Vertreter in folgender Aufschlüsselung gebeten werden:

- Neuss, Dormagen, Grevenbroich: je 2 Vertreter;
- Meerbusch, Kaarst, Korschenbroich, Jüchen, Rommerskirchen: je 1 Vertreter.

Das Konzept soll insbesondere die folgenden Punkte berücksichtigen:

a) Aufsuchende Drogenpräventionsarbeit:

Ziel hierbei soll sein, gefährdete Personen direkt in ihrem sozialen Umfeld zu erreichen und präventive Maßnahmen anzubieten. Als beispielhafte Maßnahme wäre hier der Bus der Düsseldorfer Drogenhilfe e.V. zu nennen. Dieser Kontaktbus bietet einen Aufenthalt bei jeder Witterung sowie ein vollumfängliches Angebot an Beratungs- und Präventionsarbeit an.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

- b) Wiedereröffnung des Cafés der Drogenberatungsstelle:
Das Café soll als niedrigschwelliges Angebot zur Beratung und Unterstützung drogenabhängiger Personen und deren Angehörigen dienen. Möglicherweise ist von Seiten des Kreises auch eine direkte Anmietung von Räumlichkeiten anzudenken.
- c) Kooperation der Ordnungs- und Polizeibehörden zur Bekämpfung der Drogenkriminalität:
Durch die Entwicklung spezifischer, aufeinander abgestimmter Strategien soll die Drogenkriminalität effektiver bekämpft werden.
- d) Einrichtung eines Runden Tisches mit Vertretern der Ärzteschaft, der sozialen Träger, der Polizei und der kommunalen Ordnungsdienste:
Durch die Einrichtung eines solchen Gremiums soll der Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren verbessert und die Zusammenarbeit bei der Drogenprävention und Bekämpfung der Drogenkriminalität gestärkt werden.

Der in unseren Augen zunehmende Stigmatisierung drogenabhängiger Personen und Negierung ihrer individuellen Herausforderungen zur Bekämpfung der Drogensucht wollen wir mit unserem Ansatz entgegentreten und aktive Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Wir sind überzeugt, dass durch die Umsetzung dieser Maßnahmen ein signifikanter Beitrag zur Verbesserung der Situation in den genannten Bereichen in der Stadt Neuss und im gesamten Kreisgebiet geleistet werden kann. Die Einrichtung eines Drogenkonsumraums zum begleitenden Konsum erachten unsere Fraktionen in diesem Zusammenhang als nicht zielführend an, da er lediglich die Symptome der Problematik aufgreift. Unser Ansatz zielt darauf ab, die Problematik vielmehr bei der „Wurzel zu packen“ und Abhängigkeiten zu verhindern, ehe diese entstehen.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz, Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Einführung eines Stoffwindel-Zuschusses

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Rhein-Kreis Neuss beschließt die Einführung eines Stoffwindel-Zuschusses für den Neukauf von Stoffwindeln für Kinder und Menschen mit Blasenschwäche in Höhe von 50% der Anschaffungskosten und maximal 200 Euro pro Kind beziehungsweise pro betroffene Person. Im Haushalt werden hierzu 50.000 Euro eingestellt.

Begründung:

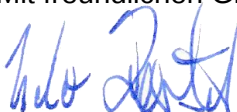
Im Schnitt verbraucht ein Kind, bevor es trocken ist, 6.000 Einweg-Windeln. Das sind rund eine Tonne Abfall. Ein Großteil dieses Abfalls könnte vermieden werden, wenn statt mit Einweg-Windeln mit Stoffwindeln gewickelt wird. Denn Stoffwindeln sind die nachhaltige Alternative. Sie bestehen aus umweltfreundlichen Materialien und können mehrmals wieder verwendet werden.

Die Nutzung von Stoffwindeln trägt aber nicht nur zur Abfallvermeidung bei, sondern schont auch die Ressourcen. Schließlich sind die Produktion und Entsorgung von Einweg-Windeln wenig nachhaltig: Das Kunststoff-Material verbraucht wertvolle Ressourcen und die Müllverbrennung der nassen Windeln kostet jede Menge Energie.

Die Bezuschussung bei der Anschaffung schafft einen Anreiz, statt Einweg-Windeln Stoffwindel-Systeme auszuprobieren. Dabei sind moderne Stoffwindeln nicht nur nachhaltig, sauber und platzsparend, sondern auch deutlich günstiger.

Die Stadt Kiel, die sich auf den Weg gemacht hat, Zero Waste City zu werden, zeigt die Wirksamkeit eines Stoffwindel-Zuschusses. So wurden dort 2022 durch 228 Förderungen 100 Tonnen Restabfall eingespart. Neben der Abfallreduktion trägt der Stoffwindel-Zuschuss auch zu einer Sensibilisierung im Hinblick auf Müllvermeidung bei und dient so dem Klimaschutz.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch (SPD)
Fraktionsvorsitzender



Petra Schenke (GRÜNE)
Fraktionsvorsitzende



Dirk Schimanski (GRÜNE)
Fraktionsvorsitzender



Christina Borggräfe (SPD)
stllv. Landrätin

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Einsatz von E-Nutzfahrzeugen für die „Zahnmobile“

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Rhein-Kreis Neuss beschließt, die beiden abgängigen Prophylaxe-Fahrzeuge – besser bekannt als „Zahnmobile“ – durch E-Nutzfahrzeuge zu ersetzen. Bei der Auswahl der E-Nutzfahrzeuge ist möglichst darauf zu achten, dass diese in der Region gefertigt werden. Daher ist eine Anschaffung beispielsweise bei der Cenntro Automotive Europe GmbH in Herne zu prüfen.
Für den Kauf und den Umbau der beiden Fahrzeuge sind Mittel in Höhe von 240.000 Euro in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Mit dem Umbau des Fuhrparks der Kreisverwaltung im Hinblick auf die Dienstfahrzeuge ist bereits ein wichtiger Schritt getan worden, um Emissionen für den Klimaschutz einzusparen.

Denn die Daten, die dem integrierten Klimaschutzkonzept zugrunde liegen, zeigen deutlich, dass der Bereich Verkehr entscheidend ist, wenn es um die Treibhausgasemissionen geht. Schließlich ist der Verkehrssektor der zweitgrößte Emittent (29 %) in den Jahren 2019 und 2020 im Rhein-Kreis Neuss gewesen. Folglich ist es dringend geboten den Verkehrssektor besonders in den Blick zu nehmen, um Treibhausgasemissionen einzusparen.

Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig nach dem Wechsel der Dienstfahrzeuge auf einen Fiat 500e, nun auch die Nutzfahrzeuge sukzessive – wo möglich – auf E-Fahrzeuge umzustellen. Damit unterstreicht der Rhein-Kreis Neuss auch noch einmal seine Vorbildfunktion.

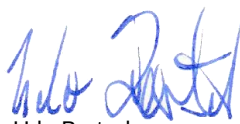
Da die beiden Prophylaxe-Fahrzeuge der Verwaltung abgängig sind, bietet es sich nun an, diese auf E-Fahrzeuge umzustellen.

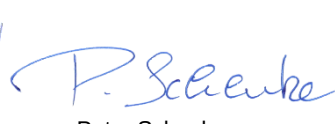
Um einen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen zu leisten, wird darum gebeten, zu prüfen, ob der Erwerb der beiden Nutzfahrzeuge bei einem regionalen Unternehmen erfolgen kann. Ein solches wäre Cenntro Automotive Europe in Herne. Das

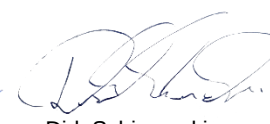
Unternehmen fertigt elektrische Nutzfahrzeuge in unterschiedlichen Klassen und für verschiedenste Anwendungsgebiete. Als „Zahnmobil“ könnte der LOGISTAR 260 infrage kommen.

Unabhängig davon, auf welches E-Fahrzeug die Wahl fällt, sind die Umbaukosten zum „Zahnmobil“, die sich voraussichtlich pro Fahrzeug auf etwa 80.000 € belaufen, zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen


Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)


Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)


Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)


Christina Borggräfe
stv. Fraktionsvorsitzende
(SPD)

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Prüfantrag: Schaffung einer demenzfreundlichen Kommune

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen die Prüfung zur Schaffung einer demenzfreundlichen Kommune.

Begründung:

Unter Berücksichtigung der zunehmenden Anzahl älterer Menschen, die aufgrund von Demenz oder anderer neurodegenerativer Erkrankungen nicht oder schlecht orientiert sind und sich im öffentlichen Raum befinden, ist es dringend erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Personen angemessene Unterstützung zukommen zu lassen. Dies betrifft insbesondere Situationen, in denen die betroffenen Personen weder ihren Namen noch ihren Wohnort nennen und somit in Gefahr geraten können.

In vielen Fällen ist die Polizei die erste Instanz, die mit diesen Personen in Berührung kommt. Jedoch fehlen der Polizei oft die Ressourcen und die Erfahrung im Umgang mit Menschen, die an Demenz leiden. Zudem besteht das Problem, dass die Polizei nicht befugt ist, den körperlichen Zustand festzustellen oder dringend notwendige pflegerische Maßnahmen durchzuführen. Dies führt mitunter dazu, dass die Ausnüchterungszelle als vorübergehende Lösung genutzt wird, was nicht im Sinne der Betroffenen ist.

Um diesem Problem angemessen zu begegnen, schlagen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, dass in unserem Kreis Maßnahmen ergriffen werden, um die Polizei und andere relevante Dienste in der Unterstützung von Personen mit Demenz zu schulen. Des Weiteren muss eine klare Zuständigkeitsregelung geschaffen werden, die sicherstellt, dass Menschen mit Demenz in Notfallsituationen angemessen betreut und versorgt werden.

Ziel ist es, das Zertifikat „demenzfreundliche Kommune“ zu schaffen, in der die Sicherheit und das Wohlergehen von Personen mit Demenz gewährleistet sind. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen der Polizei, dem Gesundheitswesen, der Feuerwehr, dem Rettungsdienst und anderen relevanten Institutionen, um eine umfassende und angemessene Unterstützung zu sichern.

Zunächst bitten wir um Prüfung, wie oft solche Personendatenfeststellungen durch Polizei und Ordnungsamt im Kreisgebiet vorkommen. Anschließend soll die Einführung des Siegels „demenzfreundliche Kommune“ (www.demenzfreundliche-kommunen.de/projekte/a-z) durch die Kreisverwaltung geprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender (SPD)



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende (GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender (GRÜNE)



Sabine Kühl
stv. Fraktionsvorsitzende (SPD)



Mathias Junggeburth
Gesundheitspolitischer Sprecher
(SPD)

An den Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Rhein-Kreises Neuss, Herr Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Stillfreundliche Kommune

Der Rhein-Kreis Neuss stellt Mittel in Höhe von 3.000 Euro in den Haushalt ein, um sich an der Aktion „Stillfreundliche Kommune“ zu beteiligen. Eine entsprechende Haushaltstelle wird bei Bedarf geschaffen.

Die Mittel werden bereitgestellt, um in jedem kreiseigenen Gebäude Räume entsprechend ausstatten zu können. Der Kreis nimmt darüber hinaus Kontakt mit geeigneten Einrichtungen auf und prüft, ob die Voraussetzungen für den Erwerb der Auszeichnung flächendeckend im Rhein-Kreis Neuss erfüllt werden können.

Begründung:

Die „stillfreundliche Kommune“ ist eine vom Landesverband der Hebammen NRW initiierte Aktion für alle Kommunen, die das Stillen unterstützen und mit einfachen Mitteln etwas für junge Familien tun möchten. Anlass für die Erarbeitung einer solchen Auszeichnung war, Akzeptanz des Stillens im öffentlichen Raum zu schaffen. Langfristig sollte dies dazu führen, dass stillen in der Öffentlichkeit zur Normalität wird. Dies steigert mit wenig Aufwand die Attraktivität unserer Kommunen für junge Familien.

Voraussetzungen zum Erwerb der Auszeichnung sind:

- Bereitstellung eines geschützten, ggf. abschließbaren Bereiches in allen öffentlichen Gebäuden für Publikumsverkehr und Beschäftigte,
- kostenlose Getränke sowie Zugang zu Leitungswasser,
- Ausstattung des Bereiches mit einem bequemen Stuhl und Wickelmöglichkeit,
- gut sichtbare Wegweiser (inkl. niederschwelligen Bildern).

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)



Sabine Kühl
Kreistagsabgeordnete
(SPD)

An den Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz, Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Anschaffung von SportBoxen

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- Für die Anschaffung von sogenannten SportBoxen in den Kommunen des Rhein-Kreises Neuss werden 20.000 Euro als finanzielle Unterstützung in den Kreis-Haushalt eingestellt.

Begründung:

In den Kommunen des Rhein-Kreis Neuss besteht ein großer Bedarf an Freizeitmöglichkeiten und Treffpunkten für Jugendliche ab einem Alter von 14 Jahren. In einem Beschluss des letzten Jugendkreistags hat Landrat Hans-Jürgen Petrauschke den Jugendlichen zugesagt, die Kommunen bei der Suche und Einrichtung notwendiger Jugendtreffpunkten zu unterstützen.

Da allein die Kommunen mit den Jugendlichen vor Ort entsprechende Örtlichkeiten identifizieren können, soll der Rhein-Kreis Neuss bei der Ausstattung der gefunden Standorte finanziell behilflich sein.

Die von den Jugendlichen erwartete attraktive, moderne und vielseitige Ausstattung könnte durch die Aufstellung von SportBoxen gewährleistet werden. Da die Treffpunkte auf öffentlich zugänglichen Plätzen der Städte und der Gemeinde eingerichtet werden sollen, ist mit einem baulichen Problem bei der Aufstellung der Sportboxen, durch die Vereine oder die Kommunen, nicht zu rechnen.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

Wolfgang Kaisers
Kreistagsabgeordnete
(SPD)

Anlage: Erläuterung „Was versteht man unter einer SportBox“

Was versteht man unter einer SportBox:

Eine SportBox ist ein Verleihangebot für Spiel- und Sportequipment und ermöglicht den Zugang zu Sport-, Spiel- und Trainingsmaterialien verschiedenster Art. Training und Spiele, die bisher ausschließlich in Fitnessstudios oder in Sporthallen möglich waren, sind damit auch bequem unter freiem Himmel möglich.

Die Benutzung der SportBox ist für die Nutzer*innen kostenlos. Zur Benutzung ist lediglich die Registrierung über eine App erforderlich. Dort kann der Nutzer dann die SportBox auswählen, an der er trainieren möchte. Mit der App wird in einem Trainingskalender die persönliche Trainingszeit gebucht. Vor Ort wird die SportBox mit dem Smartphone geöffnet, die gewünschten Trainingsgeräte werden entnommen und können benutzt werden. Über die App kann die*der Nutzer*in sich auch kleine Videos anschauen, die zeigen, wie die einzelnen Geräte richtig und sinnvoll genutzt werden können. Desinfektionsmittel und Tücher zum Reinigen der Geräte befinden sich ebenfalls in der Box.

Nach den ersten Erfahrungen durch die Aufstellung und Benutzung der SportBoxen in einigen Kommunen des Rhein-Kreises Neuss sehen wir diese als eine sehr sinnvolle und attraktive Möglichkeit an, um die Schaffung und Ausstattung von Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche zu unterstützen.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden
des Kreissportausschusses
Herrn Andreas Buchartz
Oberstraße 91
41460 Neuss

05. Oktober 2023

Antrag für die Sitzung des Sportausschusses am 30. Oktober 2023

Implementierung eines „Förderlotsen“ für die Sportvereine im RKN

Sehr geehrter Herr Buchartz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Sportausschusses am 30. Oktober 2023 zu setzen.

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten, in enger Abstimmung mit dem Sportbund Rhein-Kreis Neuss die Tätigkeit und Funktion eines „Förderlotsen“ für die Sportvereine im Rhein-Kreis Neuss zu implementieren. Die mögliche organisatorische Einbindung dieser Aufgabe möge die Verwaltung bzw. der Sportbund Rhein-Kreis Neuss in der Sitzung vorstellen.

Begründung

In der Begründung nehmen die Antragsteller Bezug auf die sehr umfangreiche Vorlage Nr. 52/2838/XVII/2023 zur letzten Sitzung des Sportausschusses am 05.06.2023 zum Thema „Sportförderprogramme“. Diese Vorlage hat uneingeschränkte Zustimmung und Anerkennung der Mitglieder des Sportausschusses gefunden.

Sie zeigt auf über 30 Seiten die äußerst vielfältigen Möglichkeiten auf, welche Förderprogramme den Sportvereinen zur Verfügung stehen; angefangen von

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Bundesprogrammen über Landesprogramme, Programme von Sportfachverbänden bis hin zu Fördermöglichkeiten auf Kreis- und Kommunalebene.

Diese ausgesprochen große Vielzahl der Fördermöglichkeiten und deren mögliche Kombinierbarkeit stellen die Sportvereine und deren ehrenamtlich Tätigen vor große und aus unserer Sicht kaum lösbare Herausforderungen.

Genau hier setzen wir mit unserem Antrag an und wollen den Sportvereinen eine spezielle Anlaufstelle schaffen, die sie nicht nur über Fördermöglichkeiten informiert und berät, sondern auch bei der konkreten Antragstellung unterstützt. Nach Wunsch der Fraktionen soll hierzu keine Stelle im Kernhaushalt geschaffen werden. Vielmehr wird die Verwaltung gebeten in Abstimmung mit dem Sportbund etwaige Möglichkeiten zur Implementierung dieser Anlaufstelle auszuloten.

Hinsichtlich der organisatorischen Einbindung einer solchen Anlaufstelle „Förderlotse“ möchten wir keine Vorgaben machen und überlassen diese konzeptionelle Überlegung der Verwaltung in enger Kooperation mit dem Sportbund Rhein-Kreis Neuss.

Inwieweit in diesem Kontext finanzielle Mittel erforderlich sind, bitten wir die Verwaltung zu prüfen und gegebenenfalls zur Haushaltsberatung zu ermitteln.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Aktion Klimabäume

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die antragstellenden Fraktionen bitten den Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Die erfolgreiche Aktion Klimabäume soll nochmals ausgeweitet werden. Für das Jahr 2024 werden zusätzliche Mittel in Höhe von Euro 20.000,-- eingestellt und daher werden ab dem Jahr 2024 jährlich Euro 70.000,-- fortlaufend bereitgestellt.

Begründung

Die Aktion Klimabäume ist ein Erfolgsmodell. Trotz der Erhöhung der Haushaltsmittel waren die Bäume sofort vergriffen. Die Aktion ist als ein Erfolg für die Umwelt zu werten. Daher muss diese fortgeführt und nochmals ausgeweitet werden.



CDU

Freie Demokraten

Rhein-Kreis Neuss **FDP**



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Mit freundlichen Grüßen

Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss

Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss

Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Budget für Umweltbildung

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Rhein-Kreis Neuss beschließt ein Budget für Umweltbildung in Höhe von 20.000 Euro, um beispielsweise die Betreuung von Kindergärten und Schulen an außerschulischen Lernorten, u. a. im Wald, auf Wiesen, an Seen, Bächen, Flüssen, durch interne und externe Fachleute sicherzustellen sowie Erwachsenenbildung im Umweltbereich anzubieten.

Begründung:

Neben dem Projekt „Institut für Nachhaltigkeitsbildung im Rhein-Kreis Neuss“, das auch ein KlimaLab umfassen soll - für das Institut ist ein Förderantrag gestellt worden -, braucht es kurzfristig die Möglichkeit, die Nachfrage seitens Kindergärten und Schulen für die Betreuung an außerschulischen Lernorten im Rhein-Kreis Neuss abzudecken. Aktuell steht hierfür kein Budget zur Verfügung. Gleiches gilt für die Erwachsenenbildung im Umweltbereich.

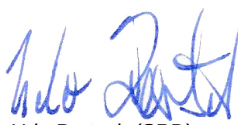
Gerade frühkindliche Bildungsmaßnahmen im Bereich des Klima- und Umweltschutzes haben einen besonders großen Effekt. Denn sie vermitteln nicht nur Kindern als zukünftigen Akteur*innen Wissen und Kompetenzen im Hinblick auf einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen, sondern Kinder tragen ihr neuerlangtes Wissen und ihre Erfahrungen in ihre Familie hinein. Kindern üben eine Multiplikator*innenfunktion aus.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, Kindern und Jugendlichen praxisnah Wissen über Natur, Umwelt und ökologische, soziale und kulturelle Zusammenhänge mit dem entsprechenden emotionalen Bezug zu vermitteln. Dies geschieht am besten an außerschulischen Lernorten, zum Beispiel an solchen, an denen man ein unmittelbares Naturerlebnis erfahr- und erfassbar machen kann, wie im Wald, auf Wiesen, an Seen, Bächen und Flüssen.

Zur Begleitung solcher Angebote an außerschulischen Lernorten braucht es erfahrene Fachleute – interne, wie externe – z. B. Umweltpädagog*innen, die die Kinder und Jugendlichen betreuen und Wissen vermitteln. Aber auch Erwachsenenbildung soll über das Budget abgewickelt werden, beispielsweise in Form von Waldführungen, geführte Besuche der Abfallbeseitigungsanlagen des Kreises etc. Über das Budget sollen auch Sachmittel für die Umweltpädagogik beschafft sowie auf externe Fachleute als Honorarkräfte, je nach Bedarf, zurückgegriffen werden können.

Über den Abruf des Budgets und die damit einhergehende Nachfrage soll regelmäßig im Planungs-, Klima und Umweltausschuss berichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch (SPD)
Fraktionsvorsitzender



Petra Schenke (GRÜNE)
Fraktionsvorsitzende



Dirk Schimanski (GRÜNE)
Fraktionsvorsitzender



Christina Borggräfe
stllv. Landrätin (SPD)

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Rhein-Kreises Neuss
Herr Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Den Strukturwandel-Prozess steuern, weiterentwickeln und dynamisieren

Der Strukturwandel gehört zu den größten Herausforderungen für die Menschen und die Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss und in unserer Region. Dabei stehen wir im Wettbewerb mit anderen Standorten bei der Realisierung von Projekten und Ansiedlungen zukunftsorientierter Unternehmen, nicht zuletzt auch bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel.

Neben dem Strukturwandel der Energiewirtschaft und der Entwicklung nachhaltiger Zukunftsprojekte gilt es auch, bestehende Unternehmen, insbesondere energieintensive Branchen wie Chemie und Aluminium am Standort zu halten und zu unterstützen.

Nachdem Kraftwerksstandorte umgewidmet werden, Gewerbegebiete im Regionalplan gesichert wurden und die Themen Landschaftsentwicklung in der Nachfolge der Energiewirtschaft konkreter werden, gilt es nun die Arbeit und Struktur der Stabsstelle in der Kreisverwaltung weiterzuentwickeln:

- Eine gemeinsame Gesellschaft mit der Stadt Grevenbroich zur Umsetzung der Werkstattergebnisse für das Kraftwerk Frimmersdorf soll schnell auf den Weg gebracht werden.
- Eine umfangreichere Gesellschaft zur Umsetzung von Strukturwandelprojekten auf der Grundlage eines nachhaltigen Konzepts – wie zum Beispiel das Projekt Nordrevier, die Entwicklung des Gewerbegebietes Elsbachtal, die LEP-Fläche am Kraftwerk Neurath und die Starterfläche am Kraftwerk Neurath – soll zusätzlich gegründet werden. Sie soll alle Anrainer-Kommunen und auch die Kreispolitik beteiligen sowie potenzielle Investoren bzw. Projektentwickler in den Prozess miteinbeziehen.

Die Aufgabe und Entwicklung dieser Gesellschaften soll zudem im Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit des Kreistages des Rhein-Kreises Neuss vorbereitet und beraten

werden. Die politische Anbindung erfolgt auch nachfolgend im Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit.

Die Mittel zur Gründung sowie für Sach- und Personalkosten der beiden Gesellschaften in Höhe von 25.000 Euro (komplementärer Anteil) und 50.000 Euro sind aus dem Kreishaushalt „Produkt 090.511.010 – Sachkonto Strukturwandel 529 11320“ zur Verfügung zu stellen. Diesem Konto soll auch weiterhin jährlich eine Million Euro zugeführt werden, um diese Haushaltsstelle für die anstehenden Aufgaben ausreichend auszustatten und zu stabilisieren sowie die Gesellschaften während ihrer Tätigkeit zu finanzieren.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende (GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender (GRÜNE)



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender (SPD)



Erhard Demmer
Kreistagsabgeordneter (GRÜNE)



Rainer Thiel
Vorsitzender des Ausschusses für
Strukturwandel und Arbeit (SPD)



Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

Donnerstag, 22. Februar 2024

Antrag für den Finanzausschuss am 5.3.2024:

Erarbeitung eines Radverkehrskonzepts für den Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Kreistagsfraktionen von BÜNDNIS 90/Die Grünen und SPD bitten um die Berücksichtigung des nachstehenden Antrages in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses.

Beschlussempfehlung:

Im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten Mobilitätskonzepts für den Rhein-Kreis Neuss soll im Szenario Nahmobilität ein Radverkehrskonzept für den Rhein-Kreis Neuss erarbeitet werden. Im Haushalt werden dafür 100.000 € zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Im Rhein-Kreis Neuss wird zur Zeit ein **Integriertes Mobilitätskonzept** erarbeitet, das sich an den europäischen SUMP-Richtlinien orientiert. Die EU will mit ihrem Green Deal bis 2050 klimaneutral werden und strebt im Verkehrssektor eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 90% an. [Verkehr und Grüner Deal \(europa.eu\)](#) Das ist nur möglich, wenn der Modal Split zugunsten des Umweltverbundes - also von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr – verändert wird. Dem Radverkehr kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Um Maßnahmen im Radverkehrsbereich besser steuern zu können, sollte im Rahmen des sich in der



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

Planung befindlichen Integrierten Mobilitätskonzepts des Rhein-Kreises Neuss ein **Radverkehrskonzept** erarbeitet werden.

Bestandteil des Radverkehrskonzepts sollte ein **Basisnetz** aus interkommunalen Alltagsrouten sowie ein **übergeordnetes Netz** aus Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten sein. Maßgeblich für das übergeordnete Netz ist das Gesamtregionale Radverkehrskonzept Rheinisches Revier der Landfolge Garzweiler. [Rheinisches Radverkehrsrevier - Home](#). Der Fokus des Radverkehrskonzepts sollte auf der **Umsetzung der Radvorrangrouten** liegen, da der Kreis hier neben Kommunen und Land Straßenbaulastträger ist. Für die Umsetzung sind hohe Fördersummen aus Mitteln des Strukturwandels und des Landes NRW zu erwarten. Die Realisierung der Radschnellverbindungen ist dagegen Landesaufgabe. Die Erarbeitung eines Radverkehrskonzepts im Rhein-Kreis Neuss würde eine Roadmap für Investitionen im Bereich nachhaltiger Mobilität für die nächsten zehn Jahre darstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)

Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)

gez. Birgit Wollbold
Sachkundige Bürgerin
(GRÜNE)



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Rhein-Kreises Neuss
Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

Donnerstag, 22. Februar 2024

Antrag für den Finanzausschuss am 5.3.2024

Konzept zur Flächenoptimierung beauftragen – Klima schützen und Ressourcen sparen

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Kreistagsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Beschlussempfehlung:

In den letzten Jahren haben äußere Einflüsse wie Corona, aber auch die zunehmende Digitalisierung das Arbeitsleben massiv verändert. Vielerorts sind Homeoffice und mobiles Arbeiten mit Anteilen von 60% oder sogar mehr gelebte Praxis. Diese Entwicklung bietet auch die Chance, bisherige Flächennutzungen zu optimieren, Flächenbedarfe zu reduzieren, Neubauvorhaben zu überdenken und zugleich moderne Formen der Zusammenarbeit zu erproben.

Vor diesem Hintergrund beauftragt der Rhein-Kreis Neuss eine Studie, die

1. anhand verschiedener Szenarien das Potential zur Flächenoptimierung in den kreiseigenen Verwaltungsgebäuden ermittelt und

2. bis Ende 2024 Eckpunkte vorlegt, wie durch moderne Formen des Zusammenarbeitens und den vermehrten Einsatz digitaler Instrumente der Flächenbedarf in den Verwaltungsgebäuden der Kreisverwaltung bis spätestens im Jahre 2028 um mindestens 20% reduziert werden kann.

Für die Studie stellt der Rhein-Kreis Neuss im Haushalt 2024 € 150.000 zur Verfügung. Außerdem werden für die Begleitung und Umsetzung der Studie in diesem Jahr und in den Folgejahren bis zur Erreichung der Zielvorgabe Personalmittel für mindestens eine Stelle des gehobenen Dienstes bereitgestellt, sofern keine ausreichende Personalkapazitäten zur Verfügung stehen.

Begründung:

Die Ausweitung mobiler und hybrider Arbeit ebenso wie die fortschreitende Digitalisierung prägen schon jetzt die Arbeitsweisen und sind die Grundlage für moderne Arbeitswelten. Daraus ein Konzept für Verwaltungsgebäude der Kreisverwaltung zu entwickeln bietet die Chance, deutliche Flächenanteile einzusparen und zukünftige Baumaßnahmen überflüssig zu machen.

Temporär durch Homeoffice oder mobiles Arbeiten nicht genutzte Büroflächen müssten hingegen heute trotzdem unterhalten werden. Dies erfordert Ressourcen und setzt unnötig CO2 frei. Gleiches gilt, sofern diese anderswo längst erprobten Arbeitsweisen neu eingeführt werden und Flächen nicht mehr im vollen Umfang benötigt werden.

Gepaart mit kreativen Wiedernutzungsideen ist Flächenoptimierung insofern ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz und macht Mittel frei, die anderswo dringend zugunsten des Klimaschutzes eingesetzt werden können. Erste Berechnungen für das Landes-Verwaltungsvermögen zeigen, dass eine Einsparung schon von durchschnittlich 10% an Bürofläche die gesamten Kosten der sogenannten Klimaneutralen Landesverwaltung in Höhe von etwa 1,5 Milliarden Euro erwirtschaften könnte.

Moderne Arbeitswelten erfordern aber auch Kreativität, die über die simple Streichung von Büroanteilen hinausgeht. Will man also einer von hohen Energie- und Baukosten getriebenen abstrakten Vorgabe, die häufig auf Ablehnung bei



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

Betroffenen stößt, zuvorkommen, ist eine frühzeitige konzeptionelle Initiative geboten.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)

Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)

Hans Christian Markert
Stellv. Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)

An den Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz, Kreisverwaltung

23. Februar 2024

Sitzung des Finanzausschusses am 5. März 2024

Antrag: Übernahme der Pflege des Biotops Püllenkamp in Neuss durch den Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Rhein-Kreis Neuss wird beauftragt, die Pflege des Biotops am Püllenkamp hauptamtlich vom BUND Neuss zu übernehmen, da dieser das mit ehrenamtlichen Kräften nicht mehr leisten kann. Dafür wird die Haushaltsstelle Produkt 090.511.012 Freiraum-, Landschaftsplanung- und Pflege, Sachkonto 52420020 um 6.000 Euro jährlich ab 2024 erhöht.

Begründung:

Im Biotop am Püllenkamp zwischen Neuss und Kaarst hat sich eine ökologisch wertvolle Vegetation entwickelt, die insbesondere ein beachtliches Vorkommen geschützter heimischer Orchideen umfasst. Um die Orchideenpopulation zu erhalten und zu stärken, sind eine jährliche Mahd und die Entfernung unerwünschten Aufwuchses wie z. B. Brombeeren nötig. Bisher wurden diese Pflegemaßnahmen ehrenamtlich durch den BUND Neuss geleistet, der sich dazu aus verschiedenen Gründen nicht mehr in der Lage sieht. Es ist daher im Sinne des Artenschutzes sinnvoll, dass der Rhein-Kreis Neuss die Pflege dieser Fläche übernimmt. Die Vergabe der Leistungen sollte idealerweise an die kreiseigene biologische Station erfolgen, da diese über die entsprechende Expertise verfügt. Zur Finanzierung der Maßnahme muss der Ansatz der Kostenstelle 52420020 Pflege und Unterhaltung Landschaftsplan I-IV um 6.000 Euro jährlich aufgestockt werden.

Mit freundlichen Grüßen



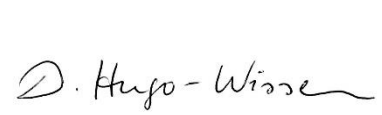
Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)



Doris Wissemann
Kreistagsabgeordnete
(SPD)

Anlage: Fotoaufnahmen des Biotops Püllenkamp und Satellitenbild

Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de

Fraktionsbüro
Schulstr.1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Unterhaltung der Waldparzellen

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Kreistagsfraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen die Erhöhung des Ansatzes zur Unterhaltung der Waldparzellen von 45.000 Euro um weitere 30.000 Euro auf dann 75.000 Euro.

Begründung

Aufgrund der Struktur der vom Rhein-Kreis Neuss bewirtschafteten Waldflächen mit weit überwiegendem jungen Laubbaumbestand ist der Kreis nicht von den massiven Waldschäden betroffen wie Waldbesitzer mit hohem Nadelwaldanteil. Gleichwohl sind bei einzelnen Baumarten erhebliche Ausfälle aufgrund von Baumkrankheiten und Trockenheit zu verzeichnen. Dies betrifft im Wesentlichen Eschen, Bergahorn, Buchen und auch Eichen.

Um bei Ausfall dieser Bäume Nachpflanzungen vornehmen zu können und ggf. Jungkulturen bewässern zu können, erachten wir die Erhöhung des Ansatzes beim Konto „52420190 – Unterhaltung der Waldparzellen“ als sinnvoll.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Der derzeitig geplante Ansatz bei der Unterhaltung der Waldparzellen liegt bei 45.000 Euro und damit 10.000 unter dem des Vorjahres. In Anbetracht steigender Preise für die für die Nachpflanzungen vorgesehenen Baumarten erachten wir eine Ansatzerhöhung für notwendig.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. Februar 2024

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024

Gründung einer Entwicklungsgesellschaft Konversionsprojekt Frimmersdorf

Sehr geehrter Herr Schmitz

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 05. März 2024 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum beantragen Mittel in Höhe von 25.000 Euro zur Gründung einer Entwicklungsgesellschaft mit der Stadt Grevenbroich zur Umsetzung des Konversionsprojektes Kraftwerksstandort Frimmersdorf.

Die Mitteleinstellung erfolgt mit Sperrvermerk, der aufgehoben wird, sobald die Stadt Grevenbroich die Bereitstellung von Mitteln in identischer Summe zur Gründung der Gesellschaft vollzogen hat.

Begründung

Die mögliche Entwicklung weiter Teile des ehemaligen Kraftwerksstandorte Frimmersdorf sehen unsere Fraktionen als Zukunftsprojekt mit Strahlkraft auf den Kreis und das gesamte Rheinische Revier an.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Das abgeschlossene Werkstattverfahren sieht den Erhalt großer Teile des Maschinenhauses und weiterer Anlagen vor, welche in Modulbauweise zur musealen und gewerblichen Nutzung vorgesehen sind.

Das angedachte House-in-House-Konzept, die in Aussicht gestellte Ansiedlung von IT.NRW als Ankermieter sowie die tiefgründigen und umfassenden Planungsleistungen, die seitens des Landes bereits erbracht worden sind, überzeugen unsere Fraktionen. Wir beantragen daher die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft zwischen dem Kreis und der Stadt Grevenbroich. Dies zum Zweck des Chancenerhalts von Bundesmitteln für Denkmalschutzprojekte im Zusammenhang mit dem Strukturwandel im Rheinischen Revier.

Angesichts der Entwicklungspotenziale des Projekts für den Standort, die Stadt Grevenbroich, den Kreis und die gesamte Region, sind wir gewillt mögliche, überschaubare Risiken, die mit der Gründung der Gesellschaft einhergehen können, zu akzeptieren.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss